



11. Landesparteitag

15. März 2014, Dresden

Arbeitsheft 2

Änderungsanträge zu Regularien

Änderungsanträge zum Leitantrag

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

R Regularien

ÄR.2.1. Änderungsantrag zum Vorschlag des Zeitplans

4

A Leitantrag – Änderungsanträge zum Wahlprogramm

chronologisch nach Eingang:

ÄA.1.1.	5	ÄA.1.40.	44	ÄA.1.80.	85
ÄA.1.2.	6	ÄA.1.41.	45	ÄA.1.81.	87
ÄA.1.3.	7	ÄA.1.42.	46	ÄA.1.82.	88
ÄA.1.4.	8	ÄA.1.43.	48	ÄA.1.83.	89
ÄA.1.5.	9	ÄA.1.44.	49	ÄA.1.84.	90
ÄA.1.6.	10	ÄA.1.45.	50	ÄA.1.85.	91
ÄA.1.7.	11	ÄA.1.46.	51	ÄA.1.86.	92
ÄA.1.8.	12	ÄA.1.47.	52	ÄA.1.87.	93
ÄA.1.9.	13	ÄA.1.48.	53	ÄA.1.88.	94
		ÄA.1.49.	54	ÄA.1.89.	95
ÄA.1.10.	14	ÄA.1.50.	55	ÄA.1.90.	96
ÄA.1.11.	15	ÄA.1.51.	56	ÄA.1.91.	97
ÄA.1.12.	16	ÄA.1.52.	57	ÄA.1.92.	98
ÄA.1.13.	17	ÄA.1.53.	58	ÄA.1.93.	99
ÄA.1.14.	18	ÄA.1.54.	59	ÄA.1.94.	100
ÄA.1.15.	19	ÄA.1.55.	60	ÄA.1.95.	101
ÄA.1.16.	20	ÄA.1.56.	61	ÄA.1.96.	102
ÄA.1.17.	21	ÄA.1.57.	62	ÄA.1.97.	103
ÄA.1.18.	22	ÄA.1.58.	63	ÄA.1.98.	104
ÄA.1.19.	23	ÄA.1.59.	64	ÄA.1.99.	105
ÄA.1.20.	24	ÄA.1.60.	65	ÄA.1.100.	106
ÄA.1.21.	25	ÄA.1.61.	66	ÄA.1.101.	107
ÄA.1.22.	26	ÄA.1.62.	67	ÄA.1.102.	108
ÄA.1.23.	27	ÄA.1.63.	68	ÄA.1.103.	109
ÄA.1.24.	28	ÄA.1.64.	69	ÄA.1.104.	110
ÄA.1.25.	29	ÄA.1.65.	70		
ÄA.1.26.	30	ÄA.1.66.	71		
ÄA.1.27.	31	ÄA.1.67.	72		
ÄA.1.28.	32	ÄA.1.68.	73		
ÄA.1.29.	33	ÄA.1.69.	74		
ÄA.1.30.	34	ÄA.1.70.	75		
ÄA.1.31.	35	ÄA.1.71.	76		
ÄA.1.32.	36	ÄA.1.72.	77		
ÄA.1.33.	37	ÄA.1.73.	78		
ÄA.1.34.	38	ÄA.1.74.	79		
ÄA.1.35.	39	ÄA.1.75.	80		
ÄA.1.36.	40	ÄA.1.76.	81		
ÄA.1.37.	41	ÄA.1.77.	82		
ÄA.1.38.	42	ÄA.1.78.	83		
ÄA.1.39.	43	ÄA.1.79.	84		

R.2. Vorschlag für den Zeitplan des 11. Landesparteitag der LINKEN Sachsen

ÄR. 2.1. Änderungsantrag zum Vorschlag des Zeitplans

Einreicherin: Antje Feiks

10:00 Uhr – 10:20 Uhr	Eröffnung des Landesparteitages durch den nominierten Spitzenkandidaten der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014, Rico Gebhardt
10:20 Uhr – 11:15 Uhr	Konstituierung
11:15 – 11:45 Uhr	Einbringung des Wahlprogrammes der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
11:45 – 12:30 Uhr	Diskussion zum Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
12:30 – 13:15 Uhr	Mittagspause
13:15 – 14:00 Uhr	Podiumdiskussion mit Rico Gebhardt, Partei- und Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der LINKEN Sachsen Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der LINKEN Thüringen Moderation: Katja Kipping <i>Perspektiven auf Landesregierungen und die Rolle der LINKEN</i> <i>Bodo Ramelow, Spitzenkandidat der LINKEN Thüringen</i> <i>Heidrun Bluhm, Landesvorsitzende der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern</i> <i>Klaus Lederer, Landesvorsitzender der LINKEN Berlin</i> <i>Katja Kipping, Parteivorsitzende DIE LINKE</i>
14:00 – 16:30 Uhr	weiter Debatte und Beschlussfassung zu Anträgen und Änderungsanträgen zum Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
16:30 – 17:00 Uhr	Diskussion und Beschlussfassung zu weiteren Anträgen an den 11. Landesparteitag
17:00 – 17:30 Uhr	Ggf. Beratung und Beschlussfassung zu Satzungsänderungsanträgen an den 11. Landesparteitag sowie Nachwahlen für Organe der LINKEN Sachsen
anschließend	Schlussworte

Entscheidung des Parteitages

angenommen: _____ abgelehnt: _____

überweisen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.1. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Dorothea Wolff, Ursula und Volker Mieth, Hans Döhn, Gertraude, Reichstein, Martin Mailach und weitere Mitglieder des Ortsverbandes Göltzschtalverband Vogtlandkreis, Petra Erler und Konrad Weber/ SBV Leipzig-NO

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 575, 981, 1566, 1836, 2408, 3005 (2687):

alter Text:

"Folgende Maßnahmen werden wir umsetzen:" ("Folgende Maßnahmen setzen wir um:")

neuer Text:

"Wir setzen uns für die Umsetzung folgender Maßnahmen ein:" ("Folgende Maßnahmen wollen wir umsetzen:")

Begründung:

Mit der im Zweiten Entwurf des Landtagswahlprogramms aufgenommenen Formulierungen "Folgende Maßnahmen werden wir umsetzen" gibt die Landespartei Versprechen ab, die sie voraussehbar zu großen Teilen nicht einlösen kann, insbesondere da die erforderlichen Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen und die notwendigen parlamentarischen Mehrheiten nicht erreichbar sein werden.

Die BürgerInnen, die wir im Wahlkampf erreichen wollen, werden das unschwer erkennen und uns berechtigt Realitätsverlust vorwerfen. Mit den im Programm genannten Versprechungen verlieren wir an Glaubwürdigkeit, werden kaum neue Wählerpotentiale erschließen, sondern riskieren sogar den Verlust weiterer Stimmen. "Wer verspricht, was nicht umsetzbar ist, ist auch nicht glaubwürdig" (Rico Gebhardt und Stefan Hartmann in Disput Januar 2012, S.12 im Artikel "Futter für die Köpfe").

Links eingestellte BürgerInnen in prekären Situationen werden nicht zu NichtwählerInnen, weil sie unsere Problemsicht und unsere Forderungen nicht kennen oder nicht gutheißen, sondern weil sie uns nicht zutrauen, wirksam zur Lösung der Probleme beizutragen!

Die genannten unrealistischen Versprechungen in unserem Wahlprogramm werden diese BürgerInnen in Ihrer Skepsis bestätigen, und sie werden nicht zur Wahl gehen oder eine Partei wählen, die weniger radikale Forderungen erhebt, denen sie aber die Verwirklichung der Forderungen zutraut.

Dazu kommt: Wir organisieren unserer künftigen Landtagsfraktion ein negatives Arbeitsergebnis, denn nach Ablauf der Legislaturperiode müssen sie berichten, welche geplanten Maßnahmen sie nicht durchsetzen konnten!

"Wenn wir nur sehen, was wir wollen, statt immer auch zu berücksichtigen, was wir können, bleiben wir eine nur visionär-illusionistische Partei!" (Werner Reckziegel in ND 04.06.2012).

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	Abgelehnt:
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.2. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Heinz Pingel

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 1055, 1056:

alter Text:

"Für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder an Bildung von Anfang an, müssen die Rahmenbedingungen von Land und Kommunen weiter verbessert werden."

neuer Text:

„Mit dem „Sächsischen Bildungsplan - ein Leit faden für pädagogische Fachkräfte in Krippen, Kindergärten und Horten sowie für Kindertagespflege“ liegt ein modernes, wissenschaftlich fundiertes und in vielem mit unseren Vorstellungen übereinstimmendes Konzept für die frühkindliche Phase des Bildungsprozesses bis hin zum Übergang in die Schule vor. Hinreichende Bedingungen für seine Umsetzung müssen aber noch geschaffen werden.“

Begründung:

In den Bildungspolitischen Leitlinien haben wir uns auf den „Sächsischen Bildungsplan“ bezogen, um deutlich zu erklären, dass wir an bestehende Konzeptionen anknüpfen aber bessere Bedingungen für deren Umsetzung schaffen wollen.

Wir haben aus dem Dokument zitiert, woran wir anknüpfen:

„Sächsische Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen sollen allen Kindern – unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer, religiöser, ethnischer und kultureller Herkunft, physischen und psychischen Besonderheiten, Sozialisations- und biographischen Erfahrungen – soziale Übergänge eröffnen und Unterstützungsformen bieten, die ihnen einen Einstieg in das gesellschaftliche Leben mit seinen Herausforderungen und eine Ergänzung zu ihrer privaten Lebensumgebung ermöglichen. Erzieherinnen und Erzieher, Tagesmütter und -väter erfüllen in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion, indem sie dieses Bildungsverständnis in ihren beruflichen Alltag integrieren und Kindern durch geeignete Anregungen und Räume, Materialien sowie Gelegenheiten zum selbsttätigen Tun, Bildungsprozesse ermöglichen. Im Übergang von der Kindertagespflege in die Kindertageseinrichtung sowie von der Kindertageseinrichtung in die Schule wird diese Bildungsperspektive fortgesetzt und als gemeinsame Aufgabe von Schule und Kindertageseinrichtung in das curriculare Lernen integriert.“

Und wir haben festgehalten, dass die entwickelte theoretische Qualität des Bildungsplanes landesweit in deutlichem Widerspruch zur möglichen Praxis steht.

Auch und besonders im Wahlprogramm soll neben unseren Zielen erkennbar sein, woran wir anknüpfen wollen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.3. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicherin: Antje Feiks

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Titel des Wahlprogrammes lautet: „*Besser leben in Sachsen*“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag

**A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014**

ÄÄ.1.4. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Eide O´Callaghan

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in den Zeilen 2583-2584:

“Islamfeindlichkeit” einfügen zwischen *“Antisemitismus”* und *“Nationalismus”*

Begründung:

Eine der Hauptformen der Ausländerfeindlichkeit heute ist der *“Islamfeindlichkeit”* - im Land, sogar in der Stadt, wo Marwa al-Scharbini wegen ihrer Religionszugehörigkeit in einem Gerichtssaal ermordet wurde, soll dies ausdrücklich genannt werden. Außerdem war auch die große Mehrheit der Opfer der NSU, der in Sachsen seinen Unterschlupf gefunden hat, auch islamischen Glaubens. Während der Antisemitismus immer noch unter Rechten weit verbreitet ist, sollen wir nicht den modernen Ausdruck derselben Gesinnungsorientierung nicht ignorieren.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.5. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Einde O´Callaghan

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in den Zeilen 2644-2686:

Neue Absätze einfügen (müssen höchstwahrscheinlich redaktionell überarbeitet werden, so dass sie textlich und rhetorisch passen):

Asylsuchende und Geduldete sind nicht die einzigen Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen. Es gibt auch andere Gruppen wie AussiedlerInnen, Menschen vietnamesischer Herkunft, Menschen in binationalen Partnerschaften, ehemalige ausländische Studierende, die jetzt hier arbeiten, usw. Und manche von ihnen haben auch formell die deutsche Staatsbürgerschaft bzw. die Staatsbürgerschaft eines anderen EU-Landes. Wir dürfen deshalb die Frage der Menschen mit Migrationshintergrund nicht bloß als Asylfrage betrachten, auch wenn das äußerst wichtig ist.

Und es ist auch keine Frage der reinen Verwaltung, wie es von der jetzigen sächsischen Staatsregierung betrachtet wird. Daher brauchen wir ein sächsisches Integrationskonzept, das diese Bezeichnung verdient, d.h. ein Integrationskonzept, das mit Mitwirkung der Betroffenen entwickelt wird. Auch auf Kreis- bzw. kommunaler Ebene brauchen wir Konzepte und Einrichtungen, die eine wirkliche Integration ermöglichen und fördern.

Begründung:

Diese sind wichtige Forderungen des Sächsischen Migrantenbeirats.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.6. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Eide O´Callaghan

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänzung in der Zeile 2747:

Folgende Punkte einfügen (müssen auch stilistisch angepasst werden):

- Änderung der sächsischen Gemeindeordnung, so dass es
 1. in jedem Kreis und in jeder Kommune mit über 250 BewohnerInnen mit Migrationshintergrund es eine(n) hauptamtliche(n) Ausländer-, Migranten- bzw. Integrationsbeauftragte(n) geben muss;
 2. in jedem Kreis und in jeder Kommune mit über 500 BewohnerInnen mit Migrationshintergrund es einen Ausländer-, Migranten- bzw. Integrationsrat mit Mitwirkung von gewählten VertreterInnen der Menschen mit Migrationshintergrund geben muss.
- Schaffung eines sächsischen Migranten- bzw. Integrationsrats mit VertreterInnen der Räte auf Kreis- und kommunaler Ebene.
- Entwicklung eines wirklichen Integrationskonzepts unter Mitwirkung von gewählten VertreterInnen der Organisationen der Menschen mit Migrationshintergrund.

Begründung:

Diese sind wichtige Forderungen des Sächsischen Migrantenbeirats.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

**A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014**

ÄÄ.1.7. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Claudia Jobst, Fabian Blunck, LAG Queer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 813:

alter Text:

Viele kinderreiche Familien, insbesondere Alleinerziehende leben in Armut.

neuer Text:

Nicht wenige Familien leben in Armut oder sind von ihr bedroht, insbesondere kinderreiche Familien oder Alleinerziehende.

Begründung:

Klarstellung, nicht nur Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind von Armut bedroht.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.8. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Claudia Jobst, Fabian Blunck, LAG Queer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 829:

Die Regenbogenfamilie ist unser Leitbild. Wir wollen die Menschen, Kinder, Eltern nicht bevormunden, sondern Ihnen ein schönes Leben ermöglichen. Manche Familien brauchen mehr Unterstützung, und manchmal müssen Familienmodelle sogar erst einmal von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Begründung:

Regenbogenfamilien, also alle Familien die denkbar sind beziehungsweise auch in Sachsen gelebt werden, ist der weiteste Begriff. Er spannt den Bogen von dem klassisch- christlichen Familienmodell bis zu generationsübergreifenden Familien.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.9. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Claudia Jobst, Fabian Blunck, LAG Queer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 966 und ff:

alter Text:

~~Auch eine gute finanzielle und organisatorische Unterstützung der Selbstorganisation insbesondere von Frauen, Seniorinnen und Senioren, Lesben und Schwulen, Sorbinnen und Sorben, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Beeinträchtigung stärken ihre Rechte.~~

Neuer Text:

[Z. 965 Sachsen braucht endlich ein Antidiskriminierungsgesetz, in dem auch ein Verbandsklagerecht für Betroffenenverbände festgeschrieben wird.] *Auch eine gute finanzielle und organisatorische Unterstützung der Selbstorganisationen stärken ihre Rechte.*

Begründung:

Aufzählungen sind immer unvollständig, so wird in der Aufzählung eine „lgbtq“ (Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual und Trans, also *Lesben, Schwule, Bisexuelle* und *Trans* (für Transgender bzw. Transsexualität)) Selbstorganisierung reduziert, denn Trans-, Intersexuelle oder ganz andere Gruppen die betroffen sind von Marginalisierung, z.B. Jugendliche, fehlen. Die Aufzählung müsste also weiter vervollständigt werden, wir finden es ausreichend auszusagen, dass wir die Selbstorganisierung stärken. Selbst bei einem einfügen eines z.B. bleibt es unkonkret, weil wir die Selbstorganisierung von Rassisten natürlich nicht wollen, wir könnten natürlich von Menschen die gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie ankämpfen und von Marginalisierungsprozessen betroffen sind, schreiben ...

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.10. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Claudia Jobst, Fabian Blunck, LAG Queer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 973:

Wir werden in der kommenden Legislatur anregen, einen Ratschlag mit Initiativen, Vereinen und Verbänden zu beginnen, um eine mit der Zivilgesellschaft entwickelte Initiative für die Selbstbestimmung und Akzeptanz der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt in Sachsen zu begründen.

Begründung:

Wir sollten den Kampf um Gleichstellung und Akzeptanz nicht nur reaktiv sehen. Aber alle Vorhaben in Parlamenten brauchen die Unterstützung einer Zivilgesellschaft, mit der diese Vorhaben gemeinsam entwickelt und verabredet werden, wie die jüngsten Erfahrungen aus Frankreich oder Baden-Württemberg zeigen. Es bleibt viel zu tun für die Akzeptanz der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt in unserer Gesellschaft, aber das Land Berlin hat gezeigt, dass es geht. Und wir haben nie gesagt, dass regieren einfach ist.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
ÄÄ.1.11. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Claudia Jobst, Fabian Blunck, LAG Queer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2301:

Wir werden die Fonds für Wirtschafts- und Kulturförderung spezielle Ausschreibungen für Frauen entwickeln und damit die Quoten der Antragstellerinnen erhöhen.

Begründung:

Klarstellung was genau gemeint ist, außerdem müssen in den verschiedenen Bereichen tatsächlich spezielle Programme entwickelt/geschrieben/ausgeschrieben werden, um auch junge Frauen zu Unternehmensgründungen zu ermutigen oder Kunstprojekte einzureichen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.12. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicherin: Kerstin Lauterbach

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 762 und ff:

alter Text:

Vor allem in unterversorgten ländlichen Regionen sind Ärztinnen und Ärzte durch Gemeindeschwestermodelle zu entlasten sowie mobile Arztpraxen zu schaffen.

neuer Text:

Vor allem in unterversorgten ländlichen Regionen können mobile Arztpraxen Wege für die PatientInnen verkürzen. Ein umsetzbares gefördertes Gemeindeschwesternprogramm kann durch nichtärztliche Tätigkeit Ärztinnen und Ärzte entlasten und Schnittstelle zwischen stationärer und ambulanter Betreuung sein.

Begründung:

In Brandenburg gibt es ein Gemeindeschwesternprogramm, was recht gut funktioniert. Bei der derzeitigen Entwicklung der ärztlichen Situation besonders im ländlichen Raum, wäre das ein gutes Vorbild.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.13. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Rico Gebhardt, Klaus Bartl

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 2339 bis 2358:

Zugleich stellt die Partei DIE LINKE ohne Wenn und Aber klar, dass dem Kleingartenwesen im Allgemeinen, den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern im Besonderen ein Schutz und eine Förderung gewährt werden muss, die der sozialen und gemeinnützigen Funktion dieses unermüdlichen kleingärtnerischen Engagements vieler Menschen in unserer Gesellschaft den gebotenen Respekt zollt und gebührend Rechnung trägt.

Daher setzt sich die LINKE seit jeher und heute aktueller denn je für:

- *die Freistellung der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und ihrer Vereine von den derzeitigen Belastungen mit kommunalen Abgaben und Beiträgen*
- *die pflichtige Einbeziehung von Kleingartenland/-anlagen in die kommunale Bauleitplanung, um diese rechtlich als Dauerkleingärten in ihrem Bestand zu schützen und zu sichern*
- *ein Veräußerungsverbot von im Landeseigentum und im kommunalen Eigentum befindlichen kleingärtnerisch genutzten Flächen*
- *die einheitliche Besteuerung von Kleingärten und deren Lauben nach Grundsteuer A als „land- und forstwirtschaftliches Vermögen“*
- *die generelle Freistellung der gemeinnützigen Kleingartenvereine und -verbände von Beitragsleistungen zur Künstlersozialkasse*
- *die Beachtung der sozialen und gemeinnützigen Funktion der Kleingartenvereine bei der Neugestaltung des Tarifsystems der GEMA*
- *eine wirkliche Anerkennung und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner über die derzeit weitgehend ins Leere gehende steuerrechtliche Privilegierung hinaus ein.*

Wir werden auf der Grundlage der bisherigen Landtagsinitiativen unsere Fraktion im sächsischen Landtag und auch durch Gesetzentwürfe in der nächsten Legislaturperiode konkrete Vorschläge unterbreiten und für deren Umsetzung streiten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.14. Änderungsanträge zum Wahlprogramm - Promotionsrecht für Fachhochschulen

Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in der Zeile 1449:

Um den Fachhochschulen die Qualifikation des eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses zu ermöglichen, setzen wir uns für das Promotionsrecht für Fachhochschulen ein.

Begründung:

Seit fast 150 Jahren gibt es einen Streit darüber, ob Fachhochschulen Promotionsrecht erhalten sollten. Bisher waren die Bemühungen dahingehend wenig erfolgreich. Die Universitäten wehren diese Forderung im Hinblick auf ihr wesentliches Unterscheidungsmerkmal zur "kleinen Schwester" Fachhochschule ab. Das führt zu einer absurden Situation: Fachhochschulen können ihren eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs nicht heranziehen. Fachhochschüler können niemals ohne weiteres einen Lehrstuhl an der eigenen Institution innehaben, geschweige denn an der eigenen Hochschule promovieren. Das wird nur noch absurder dadurch, dass in Fächern, die nur an Fachhochschulen unterrichtet werden, das Lehrpersonal entsprechend fachfremd rekrutiert werden muss. Einzige Möglichkeit, das zu umgehen, ist das sogenannte Kooperative Promotionsverfahren: Betreut wird die Promotion dabei von der FH, Zweitgutachter ist ein FH-Dozent, Erstgutachter ein Universitätsdozent, der entsprechend gesucht werden muss. Häufig wird - universitätsseitig - dabei argumentiert, dass an Fachhochschulen auf Grund des höheren Zeitaufwandes in der Lehre kein Raum für die Betreuung von Doktoranden wäre. Dies sehe man bereits daran dass FH-Professoren weniger Forschungsergebnisse vorzuweisen hätten. Hier wird allerdings Ursache und Wirkung verwechselt, da Doktoranden an Universitäten einen großen Teil der Lehre mit tragen und so erst die Freiräume für Forschung schaffen. Langfristig können sich mit dem Promotionsrecht entsprechend auch Ressourcen zur Betreuung von Promovierenden entwickeln, die so derzeit noch nicht vorhanden sein können. Das stärkt auch die Wissenschaft, gerade weil an Fachhochschulen meist "praxisnäher" gelehrt und geforscht wird als an Universitäten. Deshalb wäre ein Promotionsrecht für Fachhochschulen keine Konkurrenz zu Universitäten, sondern - im Gegenteil - eine Bereicherung für die Wissenschaftslandschaft. Methodisch jedenfalls stehen Angehörige von Fachhochschulen den Universitäten in nichts nach, weshalb am Ende die tatsächliche Wissenschaftliche Leistung über die Verleihung des Doktorgrades entscheiden sollte, nicht das Schild an der Hochschultür.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag

**A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014**

**ÄÄ.1.15. Änderungsanträge zum Wahlprogramm - Attraktive Vergütung
und Ausstattung der HochschullehrerInnen**

Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderungen in den Zeilen 1409 - 1411:

alter Text:

Stattdessen sollen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer wieder eine angemessene und international attraktive Vergütung erhalten, die auch das Bundesverfassungsgericht angemacht hat.

neuer Text:

Stattdessen sollen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer eine angemessen und attraktive Vergütung und Ausstattung für Forschung und Lehre erhalten.

Begründung:

Eine "international attraktive" Vergütung ist schwierig einzugrenzen: Soll der Freistaat mit der Vergütung in Harvard und Yale konkurrieren? Das ist kaum möglich. Daher gilt es, diesen Begriff zu vermeiden. Vielmehr ist der Fokus darauf zu legen, was häufig den Hochschulstandort Sachsen unattraktiv macht: Mangelnde Ausstattung. Das Beispiel Felix-Klein-Zentrum an der Universität Leipzig hat dies auf erschreckende Weise gezeigt: Nachdem Leipzig sich mit dem Konzept eines Zentrums für physikalische Grundlagenforschung in der Exzellenzinitiative nicht durchsetzen konnte, verließen mehrere Professoren die Universität Leipzig. Nicht, weil sie das wollten, sondern weil sie sich dazu gezwungen sahen, da mit den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Forschung nicht zu realisieren war. Das heißt: Eine attraktive Vergütung kann man anstreben, schlimmer aber wird es sich auswirken, auf eine angemessene Ausstattung der Lehrstühle zu verzichten, da kein Professor und keine Professorin nur wegen der Vergütung bleibt, wenn er oder sie die eigentliche Forschung nicht realisieren kann.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.16. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in der Zeile 143:

Beschäftigungsverhältnisse (wie z. B. „1-Euro-Jobs“, Mini- und Midi-Jobs, Leih- bzw. Zeitarbeit, **Werkvertrags- bzw. Werkvertragsleiharbeit,**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014
ÄÄ.1.17. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in der Zeile 375:

Die Sachsen-Franken-Magistrale muss zu einer leistungsfähigen ICE-Schnellfahrstrecke für 250 km/h begradigt werden, um die heutige Fahrzeit zwischen Nürnberg und Dresden über Plauen von 4,5 Stunden auf dann 2 Stunden bei der Beibehaltung der heutigen IRE-Halte zu verkürzen. Nur eine durchgehende Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Magistrale bei der Beibehaltung des jetzigen sehr kurvenreichen Verlaufes ist nicht ausreichend, da eine Elektrifizierung allein keine Geschwindigkeiten ermöglicht und damit auch nicht zu kürzeren Reisezeiten führt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.18. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in der Zeile 377:

...Chemnitz angebunden werden. Dazu muss die Strecke Chemnitz – Leipzig zu einer leistungsfähigen ICE-Schnellfahrstrecke begradigt werden. Auf der Dresdner Ast der Sachsen-Franken-Magistrale wird die Linie S 3 der S-Bahn Dresden, welche jetzt in Freiberg endet, bis Hof verlängert. Zusätzlich zu der stündlichen Bedienung der Linie S 3 mit Halt auf allen Unterwegsbahnhöfen und damit die jetzigen RB-Linien Freiberg-Zwickau-, Zwickau-Plauen und Plauen-Hof ersetzt, wird eine ebenfalls stündlich verkehrende Linie S 3X eingerichtet, welche nur die heutigen IRE-Halte bedient und damit jetzigen RE-Linien Nürnberg-Dresden und Hof-Werdau ersetzt. Auf der Linie S 3X wird in Chemnitz der Anschluss vom und zum RE nach Leipzig und in Zwickau der Anschluss von Anschluss von und zur S 5X nach Leipzig und Halle hergestellt. Die Linie S 3 und S 3X der S-Bahn Dresden werden mit den Elektrotriebzügen der Baureihe 442 (Talent 2) bedient, wozu von der Fahrzeugindustrie weitere Talent 2 angerufen werden müssen. Die dadurch freigesetzten lokgezogenen Doppelstockzüge werden auf die Linie S 1 Meißen-Triebischtal-Decin Hbf der S-Bahn Dresden umgesetzt. Heute wird die Linie S 1 Meißen-Triebischtal-Decin Hbf nur zwischen Meißen triebischtal und Bad Schandau alle 30 Minuten bedient, während aufgrund von Mangel an rollendem Material nur jede 4. S-Bahn bis Decin Hbf durchfährt, so dass Decin nur alle 2 Stunden angefahren wird. Mit den zusätzlichen Doppelstockzügen kann dann die Linie S 1 auf ihrer gesamten Länge alle 30 Minuten bedient werden, was zwischen Bad Schandau und Decin Hbf zu einer deutlichen Angebotsverbesserung führen wird. Darüber hinaus muss....

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
ÄÄ.1.19. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Anfügung an Zeile 1035:

- die Streichung des 2. Satzes im 1. Absatz von § 49 der Sächsischen Gemeindeordnung – Wählbarkeit zum Bürgermeister

Begründung:

Da hier die WählerIn mit der Vollendung des 65. Lebensjahres das passive Wahlrecht zum Bürgermeister verliert und damit dieser Satz gegen bundesdeutsche und europäische Antidiskriminierungsgesetze verstößt, worin auch das Alter als Diskriminierungsgrund aufgeführt ist.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014
ÄÄ.1.20. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1106:

alter Text:

...Lernen bis einschließlich Klasse 8 für alle Schülerinnen und Schüler...

neuer Text:

...Lernen bis einschließlich Klasse **13** für alle Schülerinnen und Schüler...

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
ÄÄ.1.21. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung und Ergänzung in Zeile 1109:

alter Text:

... der Klasse 10 im gesamten Klassenverband unterrichtet.

neuer Text:

... der Klasse **13** im gesamten Klassenverband unterrichtet. ***Der Lehrplan konzentriert sich vor allem auf die MINT-Fächer und durch das generell wieder 13jährige Abitur können in der Schule bessere Grundlagen für das spätere Studium geschaffen werden, z.B. durch die Unterrichtung von höherer Mathematik.***

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014
ÄÄ.1.22. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1115:

alter Text:
... bis einschließlich Klasse 8 besteht für....

neuer Text:
... bis einschließlich Klasse **13** besteht für....

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014
ÄÄ.1.23. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 1163:

Es wird die Inklusion praktiziert. Dabei werden die Behindertenschulen abgeschafft und auch behinderte Kinder lernen in den normalen Klassen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.24. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 1372:

Damit wir mit der umfassenden Akademisierung unserer Gesellschaft vorankommen, muss der Numerus Clausus abgeschafft werden und wir brauchen deshalb zusätzlich zu den bereits bestehenden Hochschulen weitere Hochschulen wie z.B. eine Technische Universität Plauen. Vorhandene Technische Universitäten führen auch zur Ansiedlung neuer High-Tech-unternehmen bzw. zur Erweiterung bereits bestehender High-Tech-Unternehmen .

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A **Leitantrag an den 11. Landesparteitag**
A.1 **Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl**
2014

ÄÄ.1.25. **Änderungsanträge zum Wahlprogramm**

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1466:

alter Text:

....wieder zum Vollzuschuss-Modell umgebaut werden.

neuer Text:

....wieder zum Vollzuschuss-Modell umgebaut ***und darf nicht auf nur 1 – 2 Studiengänge beschränkt*** werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A **Leitantrag an den 11. Landesparteitag**
A.1 **Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl**
2014
ÄÄ.1.26. **Änderungsanträge zum Wahlprogramm**

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1575:

alter Text:

- Schule: gemeinsames Lernen aller Kinder bis einschließlich Klasse 8 einführen

neuer Text:

- Schule: gemeinsames Lernen aller Kinder bis einschließlich Klasse **13** einführen

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014
ÄÄ.1.27. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänzung an Zeile 1874:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss völlig frei von Werbung und Sponsoring werden, auch wenn dadurch der Rundfunkbeitrag auf 20 € steigt. Nicht die Einschaltquoten sondern die Qualität muss die Inhalte der Programme bestimmen. Das aus Kostengründen eingestellte Eisenbahnmagazin MDR-Bahnzeit muss wiederbelebt werden, da es heute in der gesamten ARD kein Eisenbahnmagazin gibt, welches die aktuellen Entwicklungen und Probleme bei der Bahn im Fokus hat.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.28. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänzung an Zeile 1874:

Wir sind gegen die zunehmende digitale Diskriminierung in der Form, dass Programminhalte wie z.B. Interviews in Politmagazinen oder jüngst bei den Olympischen Winterspielen die Mehrheit der Sportübertragungen nur über das Internet statt faden, in deren Folge HörerInnen oder ZuschauerInnen die keinen Internetanschluss haben, weil es am Wohnort noch keinen Internetempfang gibt oder er sich diesen aus finanziellen Gründen nicht leisten kann vom Empfang ausgeschlossen ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.29. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänzung an Zeile 1918:

alter Text:

..bis hin zu Sozialleistungsgarantien für die Bürgerinnen und Bürger

neuer Text:

..bis hin zu Sozialleistungsgarantien für die Bürgerinnen und Bürger *insbesondere eines bedingungslosen Grundeinkommens*

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.30. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung und Ersetzung in den Zeilen 103/104:

alter Text:

.. Wirtschaftsbereiche mit dem Erfindungs- und Forschungsgeist an den Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen im Land für die beispielhaft die althehrwürdige Technische....

neuer Text:

.. .. Wirtschaftsbereiche mit dem Erfindungs- und Forschungsgeist an den Universitäten, ~~Hochschulen~~ und ~~Fachhochschulen~~ **Hochschulen für angewandte Wissenschaften** im Land für die beispielhaft die althehrwürdige Technische....

Begründung:

Außer den Universitäten und den Fachhochschulen gibt es nur noch die Kunsthochschulen, die aber in diesem Kontext sicher nicht gemeint sind. Die Fachhochschulen heißen jetzt offiziell Hochschulen für angewandte Wissenschaften und legen auch Wert auf diese Bezeichnung.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.31. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 660:

alter Text:

.. Beim Anteil von Privatschulen nimmt Sachsen

neuer Text:

.. Beim Anteil von Privatschulen/*Schulen in freier Trägerschaft* nimmt Sachsen

Begründung:

Die Mehrzahl der nichtstaatlichen Schulen in Sachsen sind keine klassischen Privatschulen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.32. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 724:

alter Text:

.. Wohnungsmangels zu bezahlbaren Preisen zu verhindern. Für die soziale

neuer Text:

.. **Mangels an Wohnungen** zu bezahlbaren Preisen zu verhindern. Für die soziale

Begründung:

Der Satz ist sonst nur schwer verständlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.33. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1244:

alter Text:

.. neuen Medien müssen gelöst werden.

neuer Text:

.. neuen Medien müssen **beseitigt** werden.

Begründung:

Defizite können nicht gelöst werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

**A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014**

ÄÄ.1.34. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Anfügung an Zeile 1267:

alter Text:

.. Studium entwickeln und ausbauen.

neuer Text:

.. .. Studium entwickeln und ausbauen ***und die hierfür nötigen Ressourcen erhalten.***

Begründung:

Anderenfalls würden „bestenfalls“ gebührenfinanzierte Angebote unterbreitet werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leittrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
ÄÄ.1.35. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verschiebung der Zeilen 1472-1473:

Erzieherinnen und Erzieher wollen wir ebenfalls an Hochschulen und nicht länger an Fachschulen ausbilden.

- Verschieben an das Ender der **Zeile 1308**

Begründung:

Das gehört inhaltlich in diesen Abschnitt, da es in unmittelbarem Zusammenhang zu den Zeilen 1296-1297 steht.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.36. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1420:

alter Text:

...dem Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetz ermöglichten Langzeitstudiengebühren wollen wir...

neuer Text:

...dem Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetz ermöglichten **Gebühren für sogenannte Langzeitstudierende sowie für Studierende aus Nicht-EU-Staaten** wollen wir...

Begründung:

Da wir Studiengebühren generell ablehnen und eine breite Öffnung der Hochschulen befürworten, sollten hier auch die Gebühren für Nicht-EU-Ausländer/innen explizit erwähnt werden. Die Hochschule für Musik und Theater in Leipzig hat von der mit dem „Hochschulfreiheitsgesetz“ geschaffenen Möglichkeit, solche Gebühren einzuführen, bereits Gebrauch gemacht.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014
ÄÄ.1.37. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung der Zeilen 1467 – 1471 und in Zeile 1472:

neuer Text:

~~Besondere Herausforderungen ergeben sich schließlich bei der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen. Der Bedarf an qualifizierten Lehrkräften im Freistaat ist enorm. DIE LINKE. Sachsen will ausreichend viele Lehrerinnen und Lehrer einheitlich lang und gleichermaßen hochwertig ausbilden. Wir sehen ein einheitliches, gleich langes Referendariat für alle Schulstufen und Schulformen vor. Schulpraktische Anteile sollen besser ins Studium integriert werden. Erzieherinnen und Erzieher wollen wir ebenfalls an Hochschulen und nicht länger an Fachschulen ausbilden.~~

Begründung:

Ist inhaltlich in den Zeilen 1288-1290 bzw. 1304-1308 bereits enthalten.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A **Leitantrag an den 11. Landesparteitag**
A.1 **Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl**
2014
ÄÄ.1.38. **Änderungsanträge zum Wahlprogramm**

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 16 17:

alter Text:

- Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, dabei insbesondere die Abschaffung der....

neuer Text:

- Novellierung des *Landeshochschulgesetzes*, dabei insbesondere die Abschaffung der....

Begründung:

Das Hochschulrahmengesetz ist ein Bundesgesetz. Gemeint ist hier aber (siehe Zeilen 1347-1348) das Sächsische Hochschulfreiheitsgesetz, das das sächsische Landeshochschulgesetz darstellt.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.39. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1700:

alter Text:

Anstelle einer vorausseilenden Schrumpfung des Kulturbedarfs vertreten wir die These, dass es

neuer Text:

Anstelle einer vorausseilenden **Senkung von Ausgaben für Kultur** vertreten wir die These, dass es

Begründung:

Der Bedarf kann nicht vorausseilend geschrumpft werden.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014
ÄÄ.1.40. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1873:

alter Text:

- Erhaltung durch bedarfsgerechte Förderung der „Stiftung des sorbischen Volkes“

neuer Text:

- Erhaltung **und** bedarfsgerechte Förderung der „Stiftung des sorbischen Volkes“

Begründung:

In der vorliegenden Fassung ist dieser Punkt nur schwer zu verstehen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.41. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 1912 und Verschiebung an Zeile 1911:

neuer Text:

*Auch gerade unter dem Eindruck der permanenten Angriffe **von CDU und FDP** auf die Fundamente des sächsischen Rechtsstaates ~~von CDU und FDP~~ haben wir als LINKE. seit...*

Begründung:

Der sächsische Rechtsstaat gehört nicht CDU und FDP, auch wenn diese manchmal diesen Eindruck vermitteln.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A **Leitantrag an den 11. Landesparteitag**
A.1 **Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl**
2014

ÄÄ.1.42. **Änderungsanträge zum Wahlprogramm**

Einreicher: Rico Gebhardt, Klaus Bartl

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung ab Zeile 2359:

Neuer Abschnitt 5.10. einfügen

„5.10. Rettungsdienst als Aufgabe der Daseinsvorsorge für die Menschen zukunftsfähig neugestalten

Sachsens Feuerwehren und Einsatzkräfte im Rettungswesen stellen in Sachsen nicht nur einen wichtigen Bestandteil im sozialen Gefüge der Städte und Gemeinde dar, sie übernehmen zugleich wesentliche Verantwortung und Aufgaben der der öffentliche Daseinsvorsorge im Interesse aller in Sachsen lebenden Menschen.

Um auch künftig eine uneingeschränkte Aufgabenwahrnehmung sicherzustellen braucht es verbindlicher Rahmenbedingungen zur Gewährleistung eines lückenlosen Netzes von Feuerwehr und Rettungsdiensten ebenso, wie die deutliche Stärkung und den weiteren Ausbau des Rettungsdienstsystems in Sachsen.

Für DIE LINKE erfordert ein leistungsfähiger, qualitativ hochwertiger und effektiv funktionierender Rettungsdienst – auch angesichts der demografischen Entwicklungen insbesondere mit Blick auf die ländlichen Räume – den unbedingten Erhalt und weiteren Ausbau eines Netzes dezentraler Rettungswachen mit ansässiger Rettungsdienste in überschaubaren Strukturen.

Nur so ist auch künftig dauerhaft im Interesse der von Notfällen betroffenen Menschen ohne Abstriche die Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist von 12 Minuten sicherzustellen.

Mit der durch die CDU-/FDP-Regierungskoalition gegen alle Vernunft durchgedrückten Änderungen im sächsischen Brandschutz-, Rettungsdienst - und Katastrophenschutzgesetzes wurden dagegen Qualität, Rechtzeitigkeit und Verlässlichkeit von Rettungsdienstleistungen für betroffene Menschen mit unabsehbaren Folgen gefährdet.

Weder mit dem nunmehr regierungsseitig forcierten und betriebenen, allein auf Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten abzielenden Wettbewerb im Rettungsdienstwesen, der auf dem Rücken der hoch engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst ausgetragen wird, noch mit der nunmehr herbeigeführten deutlichen Absenkung der Anforderungen an die Ausbildung von Notärzten werden die Grundlagen für einen zukunftsfähigen Rettungsdienst als wesentliche Daseinsvorsorgeaufgabe des Staates gelegt – ganz im Gegenteil.

DIE LINKE vertritt daher die Position, dass für die dauerhafte Sicherung eines flächendeckend funktionierenden und verlässlichen Rettungsdienstes in Sachsen das Land und auch die Kommunen gefordert sind.

Hierzu braucht es insbesondere der nachfolgenden neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für Organisation und Struktur des Rettungsdienstwesens in Sachsen, für die DIE LINKE eintreten wird:

- deutliche Erweiterung der derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als der Träger des Rettungsdienstleistungen und deren auskömmliche Finanzierung durch das Land für eine gerichtsfeste Vertragsgestaltung mit den Erbringern von Rettungsdienstleistungen
- Einführung einer gesetzlichen eine Option zur Erfüllung der rettungsdienstaufgaben durch die kommunalen Aufgabenträger selbst (Rekommunalisierung) und Bereitstellung der dafür zusätzlich erforderlichen finanziellen Mittel durch das Land
- Einführung einer unabdingbar geltenden Tarifbindung bzw. eines Mindestlohnes für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst, bevor der gesetzliche Mindestlohn verbindlich gilt
- Gewährleistung hoher Anforderungen an die Eignungsvoraussetzungen für Notärzte nach Maßgabe der dazu bundesweit geltenden Standards
- Ergreifen geeigneter Gesetzesinitiativen gegenüber dem Bund, im Bundesrat sowie auf europäischer Ebene mit dem Ziel, alle Leistungen des Rettungsdienst mit den Bestandteilen Notfallrettung und Krankentransport ersatzlos aus dem Katalog der EU-Dienstleistungsrichtlinie zu streichen und damit dem endgültig den Wirkungen des freien Wettbewerbes zu entziehen
- Abschaffung aller bundes- und europarechtlichen Hürden für eine eigenverantwortliche Ausgestaltung des Rettungswesen und der dazu erforderlichen Rettungsdienstleistung durch die Länder.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

**A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014**

ÄÄ.1.43. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Rico Gebhardt, Klaus Bartl

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der gesamte Wortlaut des Abschnittes mit der Überschrift „5.10 Feuerwehr geht uns alle an“ wird hinter dem neuen Abschnitt 5.10 mit der folgenden Überschrift eingefügt:

„**5.11.** Feuerwehr geht uns alle an“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

**A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014**

ÄÄ.1.44. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Eide O`Callaghan

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2743:

- Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.45. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Paul Seidel, LAG Queer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 979:

alter Text:

Zudem sollte der Freistaat Sachsen eine Vorreiterrolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen.....

neuer Text:

Zudem sollte der Freistaat Sachsen eine **Vorrangstellung** bei der Aufnahme von Flüchtlingen.....

Begründung:

Das Wort Vorreiterrolle ist meiner Ansicht nach nicht für das Landtagswahlprogramm geeignet. Zunächst ist zu bemerken, dass es nicht gegendert ist. Weiterhin klingt selbst seine gegenderte Form (Vorreiter_Innenrolle) durchaus merkwürdig. alternatives Wort: Vorrangstellung.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014
ÄÄ.1.46. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Paul Seidel, Jasper Seyde, LAG Queer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 976-978:

alter Text:

Sachsen ist historisch ein Einwanderungsland. Diese Tradition der Weltoffenheit und Toleranz wollen wir gegen faschistische, nazistische und rassistische Tendenzen verteidigen.

neuer Text:

Wir fordern daher eine sächsische Weltoffenheit und Toleranz, welche es gegen faschistische, nazistische und rassistische Tendenzen zu verteidigen gilt.

Begründung:

Der selbstgewählte Titel 'Einwanderungsland' erscheint als nicht tragbar. Geschichtlich ist ein Land immer aus mehreren Perspektiven zu betrachten. Es gab zwar sächsische Epochen, welche diesen Titel unterstreichen würde, jedoch ist der pauschale Gebrauch dieses Begriffs hier unangebracht!

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.47. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Jacob Wagner, Fabian Blunck, LAG Queer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 829:

Wir wollen auch Kindern, die Schicksalsschläge erleben mussten eine schöne Kindheit ermöglichen. Kinder die in Heimen groß werden, werden oft stigmatisiert. Dabei hat jedes Kind ein Recht auf eine schöne Kindheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Staatliche Erziehungseinrichtungen sind strenger zu kontrollieren und die Ermöglichung von Teilhabe an der Freizeit- auch mit Kindern die nicht im Heim groß werden, zu gewährleisten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
ÄÄ.1.48. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Nico Reichenbach, Fabian Blunck, LAG Queer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2590:

...automatisch als „PMK-links“ einsortiert **und streiten für deren Akzeptanz und die Ermöglichung eines Selbstbestimmten Lebens.**

Begründung:

Nicht nur der Kampf gegen Diskriminierung, sondern der um Akzeptanz und die Ermöglichung eines Selbstbestimmten Lebens für alle ist Ziel unserer Politik.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.49. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Dieter Gaitzsch, AG Antifa Dresden

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 2647 - 2652:

alter Text:

Diese erfreuliche Nachricht, dass mehr Menschen Schutz geboten werden kann, führt jedoch derzeit zu einer angespannten Situation in vielen Kommunen, da beispielsweise Unterbringungsmöglichkeiten über Jahre hinweg abgebaut wurden und nun die nötige Infrastruktur und Finanzausstattung fehlt. Diese Entwicklung hat in vielen Kommunen zu untragbaren Zuständen geführt, welche es sofort zu ändern gilt, um den notleidenden Personen eine menschenwürdige Unterbringung zu garantieren.

neuer Text:

Über Jahre hinweg wurden z. T. Unterbringungsmöglichkeiten abgebaut. Das führte in einigen Kommunen dazu, dass die nötige Infrastruktur und häufig auch die erforderliche Finanzausstattung fehlen, um einer wachsenden Zahl an Asylsuchenden Schutz zu bieten und ihnen eine menschenwürdige Unterbringung zu garantieren. Im Interesse der Umsetzung des humanistischen Gebotes auf Asyl gilt es, diese Situation schnellstmöglich grundlegend zu verbessern.

Begründung:

Im Zusammenhang mit Migration und Flucht und dass Sachsen mehr Menschen aufnehmen soll von erfreulicher Nachricht zu sprechen, ist zynisch. Auch das Hervorheben der „angespannten Situation in vielen Kommunen“ unterstützt rechte Argumente.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
ÄÄ.1.50. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Dieter Gaitzsch, AG Antifa Dresden

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 2682:

alter Text:

eine „moderne“ Gedenkpolitik, die nicht nur für die Opfer des Hitler-Regimes....

neuer Text:

einen verantwortungsvollen Umgang mit der Geschichte, die nicht nur für die Opfer des Hitler-Regimes....

Begründung:

Das Wort modern ist nur eine leere Worthülse ohne inhaltliche Definition und nur bei dem Gedenken an die Opfer stehen zu bleiben, ist zu wenig. Nur eine die Ursachen von historischen Ereignissen aufzeigende Erinnerungskultur führt zu notwendigen Schlussfolgerungen und aktivem politischem Handeln.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014
ÄÄ.1.51. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: Dieter Gaitzsch, AG Antifa Dresden

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2683:

neuer Text:

....Weltkrieges, sondern auch Opfer rassistischer Gewalt nach 1990 miteinschließt ***und die gesellschaftlichen Ursachen von Migration und Flucht öffentlich macht.***

Begründung:

Das Wort modern ist nur eine leere Worthülse ohne inhaltliche Definition und nur bei dem Gedenken an die Opfer stehen zu bleiben, ist zu wenig. Nur eine die Ursachen von historischen Ereignissen aufzeigende Erinnerungskultur führt zu notwendigen Schlussfolgerungen und aktivem politischem Handeln.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
ÄÄ.1.52. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 43 - 44:

alter Text:

Bei allen erfreulichen „Pisa“-Erfolgen, ~~die wir der engagierten Lehrerschaft und guten Elternhäusern verdanken,~~ dürfen wir nicht vergessen: Jeder zehnte Jugendliche beendet die Schulzeit vorzeitig ohne Abschluss und viel zu vielen Kindern wird das Lernen an Regelschulen verwehrt.

neuer Text:

Bei allen erfreulichen „Pisa“-Erfolgen dürfen wir nicht vergessen: Jeder zehnte Jugendliche beendet die Schulzeit vorzeitig ohne Abschluss und viel zu vielen Kindern wird das Lernen an Regelschulen verwehrt.

Begründung:

Wenn wir behaupten, den Pisa-Erfolg hätten wir in Sachsen engagierten Lehrer_innen und „guten Elternhäusern“ zu verdanken, unterstellen wir damit implizit, dass es diese beiden Sachen in Bundesländern mit schlechten PISA-Ergebnissen nicht gibt.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.53. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 58:

alter Text:

Nur eine Stimme für DIE LINKE. Sachsen ist eine Stimme für den notwendigen politischen Wechsel, für langfristige soziale Sicherheit, Wohlstand und Perspektive für alle, die hier leben.

neuer Text:

Nur eine Stimme für DIE LINKE. Sachsen ist eine Stimme für den notwendigen politischen Wechsel, **einen spürbaren demokratischen Aufbruch**, für langfristige soziale Sicherheit, Wohlstand und Perspektive für alle, die hier leben.

Begründung:

DIE LINKE. Sachsen steht wie keine andere Partei in Sachsen für eine Demokratisierung der Demokratie. Das kann ruhig in der Präambel ihren Ausdruck finden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.54. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 154 - 156:

alter Text:

Die problematische Situation der teilweise hohen Arbeitslosenquoten verschärft sich für die Betroffenen zusätzlich durch die soziale Segmentierung und Stigmatisierung von Arbeitslosen in verschiedene Gruppen, ~~in Arbeitslose aus dem Geltungsbereich des SGB III bzw. des SGB II, in so genannte marktnahe und marktferne Arbeitslose usw.~~

neuer Text:

Die problematische Situation der teilweise hohen Arbeitslosenquoten verschärft sich für die Betroffenen zusätzlich durch die soziale Segmentierung und Stigmatisierung von Arbeitslosen in verschiedene Gruppen.

Begründung:

Der zu streichende Zusatz wirkt eher wie ein übrig gebliebener Stichpunkt und ist zum Verständnis der Grundaussage des Satzes wirklich nicht nötig.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.55. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 202:

alter Text:

Wir wollen die Spaltung der Gesellschaft, der Bevölkerung und der Regionen in immer weniger „Gewinnerinnen und Gewinner“ und immer mehr „Verliererinnen und Verlierer“, immer weniger „Reiche“ und immer mehr „Arme“ überwinden und gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen.

neuer Text:

Wir wollen die Spaltung der Gesellschaft, der Bevölkerung und der Regionen in immer weniger „Gewinnerinnen und Gewinner“ und immer mehr „Verliererinnen und Verlierer“, immer weniger **aber immer reichere** „Reiche“ und immer mehr „Arme“ überwinden und gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen.

Begründung:

Das ist ja auch Ausdruck der Verschiebung: Es gibt zwar immer weniger „Reiche“, aber dafür sind die Wenigen immer reicher als zuvor.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.56. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 207:

alter Text:

„Gute Arbeit“ bedeutet mehr, als guter Lohn. Eine hohe tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch ein Mindestlohn gehören zu den Voraussetzungen „guter Arbeit“, für die wir LINKE uns bundesweit und in Sachsen einsetzen. DIE LINKE. Sachsen bekennt sich dazu, dass Tarifverträge der Standard der Bezahlung sind.

neuer Text:

„Gute Arbeit“ bedeutet mehr, als guter Lohn. Eine hohe tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch ein Mindestlohn gehören zu den Voraussetzungen „guter Arbeit“, für die wir LINKE uns bundesweit und in Sachsen einsetzen. DIE LINKE. Sachsen bekennt sich dazu, dass Tarifverträge der Standard der Bezahlung sind. **„Gute Arbeit“ heißt für viele auch weniger Anteil der Lohnarbeit am eigenen Leben, so dass mehr Platz bleibt für Freund/innen, Familie, Beziehung, Kunst, Kultur und andere Lebensbereiche.**

Begründung:

Während viele gar keinen Zugang zu Lohnarbeit mehr haben, wächst die zeitliche und gesundheitliche Belastung derer, die prekären oder regulären Lohnarbeitsverhältnissen nachgehen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.57. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 221:

alter Text:

Wir werden Markt und Wettbewerb klaren sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen sowie kartellrechtlicher Kontrolle unterwerfen. Partizipative Wirtschaftsformen, wie öffentliches Eigentum und Genossenschaften, werden wir stärken.

neuer Text:

Wir werden Markt und Wettbewerb **zunächst** klaren sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen sowie kartellrechtlicher Kontrolle unterwerfen. Partizipative Wirtschaftsformen, wie öffentliches Eigentum und Genossenschaften, werden wir stärken.

Begründung:

Damit ist es ja nicht getan, gleichwohl ist dies als erster Schritt natürlich zu begrüßen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.58. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 303:

alter Text:

Die Gründungsförderung in Sachsen wird auf die Unterstützung forschungs- und wissensbasierter, zukunftsorientierter sowie möglichst beschäftigungsintensiver Produkte und Dienstleistungen konzentriert. Dazu wird Start-up-Unternehmen aus Praxis und Wissenschaft öffentliches Risikokapital zur Verfügung gestellt.

neuer Text:

Die Gründungsförderung in Sachsen wird auf die Unterstützung forschungs- und wissensbasierter, zukunftsorientierter sowie möglichst beschäftigungsintensiver Produkte und Dienstleistungen konzentriert. Dazu wird Start-up-Unternehmen aus Praxis und Wissenschaft öffentliches Risikokapital zur Verfügung gestellt. ***Im Falle eines Erfolgs ist dieses Darlehen mit Zinsen an die öffentliche Hand zurückzuzahlen. Erfolgt nach erfolgreicher Gründung und Erreichens der Gewinnzone eine Verlagerung des Unternehmenssitzes aus Sachsen weg, müssen die so geförderten Unternehmen eine Abschlagszahlung in Höhe von 10% des Unternehmenswertes an den Freistaat leisten.***

Begründung:

Wenn wir Unternehmen Geld zur Verfügung stellen als Freistaat, sollte dies im Falle eines Erfolgs erstens mit Zinsen zurückgezahlt werden und zweitens soll das Unternehmen dann auch da bleiben, wo es offenkundig hergekommen ist: in Sachsen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.59. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 378:

alter Text:

Unsere Vorstellung ist, dass an das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz langfristig weitere Mittelzentren und die Großstadt Chemnitz angebunden werden. Darüber hinaus muss die Region Südwestsachsen auch an das Fernbahnnetz angeschlossen werden.

neuer Text:

Unsere Vorstellung ist, dass an das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz langfristig weitere Mittelzentren und die Großstadt Chemnitz angebunden werden. Darüber hinaus muss die Region Südwestsachsen auch an das Fernbahnnetz angeschlossen werden. ***Wir wollen die Rolle des Leipziger Hauptbahnhofs als Verkehrsknotenpunkt für den Fernverkehr erhalten.***

Begründung:

Schon mehrfach hat die Bahn mit Plänen gespielt, den Leipziger Hauptbahnhof als Verkehrsknotenpunkt für den Fernverkehr zunehmend abzukoppeln. Mit der Einführung des letzten Winterfahrplans wurden beispielsweise die Direktverbindungen nach Berlin minimiert und auch in Zukunft will die Bahn diverse Fernverkehrsverbindungen an Leipzig vorbei über Erfurt und Halle führen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.60. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung in den Zeilen 472 - 474:

alter Text:

Gewerkschaften, die ursprünglichsten Zusammenschlüsse im Kampf um die Existenzbedingungen der Lohnabhängigen sind für DIE LINKE. Sachsen von besonderer Bedeutung. Sie sind ein wichtiger Raum zur Formierung kollektiver Gegenwehr von unten und für die Entwicklung einer breiten gesellschaftlichen Gegenkraft. ~~Innerhalb der Gewerkschaften wirken wir aktiv für eine kämpferische, einzig und allein den Mitgliedern und Lohnabhängigen verpflichtete Politik.~~

neuer Text:

Gewerkschaften, die ursprünglichsten Zusammenschlüsse im Kampf um die Existenzbedingungen der Lohnabhängigen sind für DIE LINKE. Sachsen von besonderer Bedeutung. Sie sind ein wichtiger Raum zur Formierung kollektiver Gegenwehr von unten und für die Entwicklung einer breiten gesellschaftlichen Gegenkraft.

Begründung:

Kann man ja machen, nur hat das, was DIE LINKE bzw. ihre Mitglieder in irgendwelchen anderen Organisationen machen, nichts mit einem Landtagswahlprogramm zu tun. Also in ein Parteiprogramm kann man sowas schreiben, aber nicht in das hier zu behandelnde Dokument.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.61. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung in den Zeilen 706 - 707:

alter Text:

Den Verkauf von Wohnungen in Bundes-, Landes- oder kommunalem Eigentum ~~an Finanzinvestorinnen und investoren zugunsten ihrer Renditeinteressen~~ lehnen wir ab.

neuer Text:

Den Verkauf von Wohnungen in Bundes-, Landes- oder kommunalem Eigentum lehnen wir ab.

Begründung:

Den Verkauf von Wohneigentum in Bundes-, Landes- oder kommunalem Eigentum lehnen wir ab – egal an wen verkauft wird.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.62. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1165:

alter Text:

Hinsichtlich einer konsequenten Trennung von Kirche und Staat setzt sich DIE LINKE. Sachsen für ein gemeinsames philosophisch-ethisches Lernangebot für alle Schülerinnen und Schüler ein.

neuer Text:

Hinsichtlich einer konsequenten Trennung von Kirche und Staat setzt sich DIE LINKE. Sachsen für ein gemeinsames philosophisch-ethisches Lernangebot für alle Schülerinnen und Schüler **sowie die Abschaffung des Religionsunterrichtes** ein.

Begründung:

Das gemeinsame Lernangebot gibt es ja schon. Es heißt „Ethik“. Wer Staat und Kirche trennen will, muss eben auch den Religionsunterricht abschaffen.

Vonseiten des Staats organisierte Bildung sollte einerseits Einblicke in verschiedene Weltanschauungen und Glaubensmodelle ermöglichen, dabei jedoch andererseits selbst eine Position strikter Neutralität einnehmen. Der Staat darf vorstellen, nicht jedoch bewerben. Durch diese Neutralität stellen wir außerdem sicher, dass eine Gleichbehandlung verschiedener Glaubensrichtungen garantiert wird.

Der Religionsunterricht soll durch ein konfessionsneutrales ethisch-philosophisches Fach für alle Schüler_innen ersetzt werden, in dem auch über die Religionen gesprochen und diskutiert werden kann. Das stellt zum einen tatsächlich sicher, dass ein echter Austausch zwischen den verschiedenen Gläubigen, aber auch mit Nichtgläubigen stattfindet. Zum anderen beendet es den massiven Einfluss der Kirchen auf die Personalauswahl bei den Lehrer_innen. Bisher können die Kirchen nach eigenem Gutdünken bestimmen, wer unterrichten darf und wer nicht. Dabei dürfen sich Kirchen erlauben, was andere Arbeitgeber_innen zu Recht nicht dürfen, z. B. Homosexuellen auf Grund ihrer Sexualität ein Unterrichtsverbot erteilen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.63. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1885:

alter Text:

Wirkliche und aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Gesellschaft und sie betreffende Entscheidungsprozesse setzt nicht zuletzt einen ebenso durch und durch demokratisch verfassten Rechtsstaat voraus.

neuer Text:

Wirkliche und aktive Teilhabe der **Einwohnerinnen und Einwohner** an Gesellschaft und sie betreffende Entscheidungsprozesse setzt nicht zuletzt einen ebenso durch und durch demokratisch verfassten Rechtsstaat voraus.

Begründung:

Wir wollen an mehreren Stellen des Programms ja tatsächlich nicht nur die Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen, sondern auch andere Gruppen. Beispielsweise Menschen mit anderer Staatsbürgerschaft und junge Menschen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.64. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 1919 - 1920:

alter Text:

Absenkung des Wahlalters auf das vollendete 16. Lebensjahr zur deutlichen Erweiterung der demokratischen Teilhabe von jungen Menschen bei Wahlen und Abstimmungen.

neuer Text:

Absenkung der Begrenzung des Wahlalters nach unten auf das maximal vollendete 16. Lebensjahr und Einfügung der Bestimmung, dass das Wahlalter innerhalb dieses Rahmens auch durch einfaches Gesetz festgelegt werden kann. Damit fördern wir eine deutliche Erweiterung der demokratischen Teilhabe von jungen Menschen bei Wahlen und Abstimmungen.

Begründung:

Die Absenkung des Wahlalters stellt sich in vielen Ländern gerade deshalb als Problem dar, weil das Wahlalter in den Verfassungen der Länder geregelt ist. Mit dieser Änderung wollen wir erreichen, dass die Landesverfassung in Zukunft nur sagt, dass das Mindestwahlalter auf keinen Fall über 16 liegen darf aber dass ansonsten der Freistaat das Wahlalter auch durch einfaches Gesetz (und damit einfache Mehrheit) anpassen kann.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.65. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1968:

alter Text:

Unter den fortgesetzten Wirkungen des Fernhaltens vieler Bürgerinnen und Bürger in Sachsen von der unmittelbaren Teilhabe und Beteiligung an Politik und Gesellschaft nimmt die Demokratie, auf dessen Boden der Rechtsstaat aufbaut, erheblichen Schaden.

neuer Text:

Unter den fortgesetzten Wirkungen des Fernhaltens vieler **Einwohnerinnen und Einwohner** in Sachsen von der unmittelbaren Teilhabe und Beteiligung an Politik und Gesellschaft nimmt die Demokratie, auf dessen Boden der Rechtsstaat aufbaut, erheblichen Schaden.

Begründung:

Es war eine beliebte und höchst undemokratische Methode vergangener Gesellschaftsordnungen, Menschen dahingehend von Mitbestimmung auszuschließen, in dem man Beteiligungsrechte nur Bürgern (meistens ja in der Vergangenheit tatsächlich nur Männern) zuerkannte und andere einfach keine Bürger_innen sein ließ. Das Demokratiedefizit besteht also nicht nur im „Fernhalten vieler Bürgerinnen und Bürger“ von Entscheidungen, sondern im Fernhalten von Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, aber keine Bürgerinnen und Bürger sind.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.66. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 2117 - 2118:

alter Text:

Darüber hinaus tritt DIE LINKE. Sachsen für eine Absenkung des aktiven Wahlalters auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre ein.

neuer Text:

Darüber hinaus tritt DIE LINKE. Sachsen für **die Abschaffung der Altersgrenze auf kommunaler Ebene** ein.

Begründung:

Mit Beschluss des Europawahlprogramms hat sich unsere Bundespartei zum Ziel gesetzt, den Ausschluss vom Wahlrecht für Menschen, die unter so genannter „Vollbetreuung“ stehen, abzuschaffen. Zentrale Begründung dieser auf dem Bundesparteitag angenommenen Änderung war die Aussage: „Wahlrecht ist Menschenrecht“. Das sehen wir genauso. Nach dieser programmatischen Revolution im Bundesverband halten wir es für schwer vermittelbar, warum Menschen, die nicht auf Grund einer ärztlichen Anordnung (Vollbetreuung) sondern auf Grund ihres Alters unter gewisser „Vormundschaft“ stehen, das Wahlrecht verweigert werden sollte. Wenn Wahlrecht Menschenrecht ist und Kinder Menschen sind, darf man ihnen das Wahlrecht nicht länger vorenthalten.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.67. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marie Wendland, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Raasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2482:

alter Text:

Dies wiederum hat zur Voraussetzung, dass den Einwohnerinnen und Einwohner der Grenzregion durch konkrete praktische Maßnahmen ein persönlich erfahrbarer Mehrwert aus dieser grenzüberschreitenden Gemeinsamkeit und den daraus erwachsenden Miteinander vermittelt wird.

neuer Text:

Dies wiederum hat zur Voraussetzung, dass den Einwohnerinnen und Einwohner der Grenzregion durch konkrete praktische Maßnahmen ein persönlich erfahrbarer Mehrwert aus dieser grenzüberschreitenden Gemeinsamkeit und den daraus erwachsenden Miteinander vermittelt wird. ***Dabei stellt die Arbeitnehmer_Innenfreizügigkeit, bei all ihren Problemen, eine große Chance dar.***

Begründung:

Menschen sollen in den Berufen arbeiten auf die sie Bock haben. Das kann in einer anderen Stadt aber auch in einem anderen Land sein. Die Arbeitnehmer_Innenfreizügigkeit ist etwas Positives und sollte als solches hervorgehoben werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.68. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Nico Reichenbach, Steffen Juhran, Tilman Loos, Heiko Weigel, Marie Wendland, Marlen Brückner, Anne Rasch, Werner Kujat, Anna Gorskij) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 2778 - 2780:

alter Text:

Die CCS-Technologie hat in Sachsen aufgrund mangelnder Lagerstätten keine Zukunft; lange Pipelines nach irgendwo sind für uns keine Option.

neuer Text:

Die CCS-Technologie ***(also die unterirdische Speicherung von CO2 aus Kohlekraftwerken) ist für uns keine Option. Zum einem ist diese Technologie sehr risikobehaftet und zum anderen zementiert diese die Nutzung von Kohlekraftwerken und damit die zentrale Energieerzeugung von Großbetrieben, sowie letztlich den Abbau von Kohle in immer neuen Tagebauen.***

Begründung:

"Ist für uns keine Option" ist eine unzureichende Aussage. Warum lehnen wir das ab? Das wird im Vorschlag nicht erklärt. Außerdem weiß nicht jede_r, was die CCS-Technologie ist. Wir müssen begründen, warum wir etwas ablehnen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.69. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Werner Kujat, Marie Wendland, Nico Reichenbach, Anna Gorskij Steffen Juhran, Marlen Brückner, Tilman Loos, Heiko Weigel, Anne Rasch) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2797:

alter Text:

Einkommensbenachteiligten Haushalten müssen jedoch die erforderlichen Hilfen und Beratungen gegeben werden, insbesondere da gerade diese strukturell beispielsweise durch veraltete Geräte oder elektrische Warmwasserbereitung benachteiligt sind.

neuer Text:

Einkommensbenachteiligten Haushalten müssen jedoch die erforderlichen Hilfen und Beratungen gegeben werden, insbesondere da gerade diese strukturell beispielsweise durch veraltete Geräte oder elektrische Warmwasserbereitung benachteiligt sind. ***Weiterhin möchten wir Kommunale Energieunternehmen in Sachsen finanziell unterstützen, die Sozialtarife oder sogenannte „Sockelmodelle“ anbieten, welche eine gewisse Menge Kilowattstunden kostenfrei zur Verfügung stellen, eine Überschreitung dieses Kontingents jedoch zu erhöhten Preisen angeboten wird. Dadurch können Privathaushalte aktiv zum Stromsparen animiert werden.***

Begründung:

Wir sollten wie bei den Unternehmen auch Vorschläge bei den Privathaushalten zu Stromsparen machen. Der hier dargelegte Vorschlag geht von einer Idee der Bundestagsfraktion zurück.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.70. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Rasch, Steffen Juhran, Marie Wendland, Heiko Weigel, Tilman Loos, Nico Reichenbach, Anna Gorskij, Marlen Brückner, Werner Kujat) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2801:

alter Text:

Offensichtlich gibt es noch keine hinreichenden Anreize, um die Energieeffizienz von Maschinen und Prozessen zu steigern oder anderweitig Energie einzusparen.

neuer Text:

Offensichtlich gibt es noch keine hinreichenden Anreize, um die Energieeffizienz von Maschinen und Prozessen zu steigern oder anderweitig Energie einzusparen. ***Ein Anreiz könnte ein spezielles Programm der sächsischen Aufbaubank sein, welches Fördergelder für Neuinvestitionen in energieeffizientere Maschinen zinsgünstig oder sogar mit Subventionen befördert.***

Begründung:

Auch hier wieder Vorschlag nennen wie wir das Problem lösen könnten.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.71. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Tilman Loos, Nico Reichenbach, Anne Rasch, Marie Wendland, Steffen Juhran, Werner Kujat, Heiko Weigel, Anna Gorskij, Marlen Brückner) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 2818:

alter Text:
Gute Beispiele dafür gibt es.

neuer Text:
Ebenso sollten die Betroffenen an den Anlagen finanziell beteiligt werden, um sie zum einem einzubinden aber auch zu entschädigen.

Begründung:

„Gute Beispiele dafür gibt es“ ?! Was ist denn das? Schön dass es die gibt. Warum nennen wir sie nicht? Die hier vorgeschlagene Änderung ist ein Beispiel. Ob es das schon gibt, wissen wir nicht. Es ist aber ein guter Vorschlag.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.72. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Werner Kujat, Anna Gorskij, Tilman Loos, Nico Reichenbach, Heiko Weigel, Marlen Brückner, Anne Rasch, Steffen Juhran, Marie Wendland) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderung in den Zeilen 2821- 2824:

alter Text:

Der Strom-Mix zahlreicher Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen in Sachsen enthält nach wie vor Atomstrom. Von daher setzen wir uns dafür ein, dass die Stromlieferverträge öffentlicher Einrichtungen und Staatsbetriebe zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf eine atomenergiefreie Elektrizitätsversorgung umgestellt werden.

neuer Text:

Der Strom-Mix zahlreicher Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen in Sachsen enthält **Kohle - aber auch** nach wie vor Atomstrom. Von daher setzen wir uns dafür ein, dass die Stromlieferverträge öffentlicher Einrichtungen und Staatsbetriebe zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf eine **atom- und kohleenergiefreie** Elektrizitätsversorgung umgestellt werden.

Begründung:

Wir wollen 2020 einen Energiemix von 40 % Erneuerbarer Energien erreichen und längerfristig komplett auf die Kohlestromversorgung verzichten. Um das zu erreichen, sollten Staatsbetriebe eine Vorbildfunktion einnehmen und neben dem Atomstrom (was eine Selbstverständlichkeit sein sollte) auch auf Kohlestrom verzichten.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.73. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Marlen Brückner, Steffen Juhran, Marie Wendland, Werner Kujat, Anne Rasch, Heiko Weigel, Anna Gorskij, Tilman Loos, Nico Reichenbach) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2853:

alter Text:

Bis 2020 ist dafür zunächst der Stromverbrauch zu mindestens 40 % aus Erneuerbaren Energien in Sachsen sicherzustellen – aktuell liegen wir bei etwa 20 %.

neuer Text:

Bis 2020 ist dafür zunächst der Stromverbrauch zu mindestens 40 % aus Erneuerbaren Energien in Sachsen sicherzustellen – aktuell liegen wir bei etwa 20 %. ***Bis spätestens 2040 fordern wir den gesetzlichen Ausstieg aus der Kohleverstromung in Sachsen. Die Energieunternehmen sowie die Beschäftigten brauchen langfristig Klarheit über die politischen Rahmenbedingungen. Daher braucht es zugleich einen Sozialplan für den Ausstieg.***

Begründung:

Aus den Energiepolitischen Eckpunkten der LINKEN. Sachsen übernommen und natürlich: Eine richtige Forderung!

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.74. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Rasch, Heiko Weigel, Marlen Brückner, Tilman Loos, Marie Wendland, Steffen Juhran, Nico Reichenbach, Werner Kujat, Anna Gorskij) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 2869:

alter Text:

Tragfähige Perspektiven für die Braunkohlereviere für die Menschen entwickeln

neuer Text:

Tragfähige Perspektiven **der** Braunkohlereviere für die Menschen entwickeln

Begründung:

Grammatik, bzw. für wen wollen wir was entwickeln?!

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.75. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2130:

alter Text:

Wir wollen diese Diskriminierung unserer kleineren Mitbewerberinnen und Mitbewerber, auch wenn sie in der Praxis für uns selbst möglicherweise nachteilig ist, beenden und setzen uns für das auch bei der Bundestagswahl verwendete Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren ein.

neuer Text:

Wir wollen diese Diskriminierung unserer kleineren Mitbewerberinnen und Mitbewerber, auch wenn sie in der Praxis für uns selbst möglicherweise nachteilig ist, beenden und setzen uns für das auch bei der Bundestagswahl verwendete Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren ein. ***Wir setzen uns für die Senkung der Sperrklausel („5%-Hürde“) bei Landtagswahlen auf diejenige Höhe ein, bei der rechnerisch ein volles Landtagsmandat bei NenngroÙe des Parlaments erreicht werden würden. Dies entspricht bei aktueller NenngroÙe des Landtags etwa 0,84 Prozent.***

Begründung:

Die durch die 5%-Sperrklausel gegebene extreme Ungleichheit der Wahlerfolgsaussichten einer Stimme für sehr kleine Parteien ist demokratietheoretisch nicht zu rechtfertigen. Dass von einer solchen Regelung gegebenenfalls auch nazistische Parteien profitieren könnten, sollte kein Grund ein, diese im Grunde richtige Wahlrechtliche frage zu regeln. Mit Nazis muss sich inhaltlich auseinandergesetzt werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.76. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 2250 - 2252:

alter Text:

Wir setzen uns daher für die Einführung einer generellen Kennzeichnungspflicht aller uniformierten Polizeibediensteter ein; für Polizeieinsätze mit geschlossenen Einheiten soll die Kennzeichnung mit Ausnahme der Einsatzleiterinnen und Einsatzleiter anonymisiert erfolgen.

neuer Text:

Wir setzen uns daher für die Einführung einer generellen Kennzeichnungspflicht aller uniformierten Polizeibediensteten ein. ***Auch für Polizeieinsätze mit geschlossenen Einheiten soll die Kennzeichnung mit Klarnamen und Nummer erfolgen.***

Begründung:

Für eine wirksame öffentliche Kontrolle, auch durch Medien und Bürger_innen, ist eine Kennzeichnung mit Klarnamen erforderlich. Die von DpolG und GdP behauptete Gefährdung der eingesetzten Beamt_innen durch eine solche Praxis konnten beide Polizeigewerkschaften noch nie nachweisen. Beispiele in anderen Ländern zeigen deutlich, dass eine solche Regelung problemlos funktioniert. In vielen Staaten der USA sind Polizeibeamte nicht nur namentlich gekennzeichnet, sondern sind sogar deren Streifeneinsatzpläne inklusive Nummernschilder der Fahrzeuge und Klarnamen der eingesetzten Beamt_innen sichtbar.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.77. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 2442:

alter Text:

Absenkung des Wahlalters auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre

neuer Text:

Abschaffung der Altersbegrenzung bei Wahlen auf kommunaler Ebene

Begründung:

Die Absenkung des Wahlalters stellt sich in vielen Ländern gerade deshalb als Problem dar, weil das Wahlalter in den Verfassungen der Länder geregelt ist. Mit dieser Änderung wollen wir erreichen, dass die Landesverfassung in Zukunft nur sagt, dass das Mindestwahlalter auf keinen Fall über 16 liegen darf aber dass ansonsten der Freistaat das Wahlalter auch durch einfaches Gesetz (und damit einfache Mehrheit) anpassen kann.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.78. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskij, Nico Reichenbach, Anne Rasch, Tilman Loos, Heiko Weigel, Marlen Brückner, Werner Kujat, Marie Wendland, Steffen Juhran) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2877:

alter Text:

Unabhängig davon, wann das sein wird, wird DIE LINKE. Sachsen dafür Sorge tragen, dass für die Lausitz auf der Basis eines wissenschaftlich fundierten Landesforschungsprogramms Modelle entwickelt werden, die aufzeigen, welche Schritte kurzfristig eingeleitet werden müssen, um mittelfristig eine sanfte Landung sowie dauerhaft tragfähige Entwicklung und Beschäftigung für die Region zu ermöglichen.

neuer Text:

Unabhängig davon, wann das sein wird, wird DIE LINKE. Sachsen dafür Sorge tragen, dass für die Lausitz auf der Basis eines wissenschaftlich fundierten Landesforschungsprogramms Modelle entwickelt werden, die aufzeigen, welche Schritte kurzfristig eingeleitet werden müssen, um mittelfristig eine sanfte Landung sowie dauerhaft tragfähige Entwicklung und Beschäftigung für die Region zu ermöglichen. ***Dabei wollen wir Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien erhalten und ausbauen.***

Begründung:

Auch hier wieder ein Beispiel nennen, wie man eine Perspektive für zum Beispiel die Lausitz ermöglichen kann. Gleichzeitig liegt hier nochmal die Betonung auf die Bestandserhaltung der Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien, die durch die Schwarz-Gelben Pläne derzeit gefährdet sind.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.79. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 2436:

alter Text:

Unterstützung von aktiven Bürger/innenkommunen, Absenkung der Beteiligungsquoren auf maximal 10% für die Gültigkeit von Bürgerbegehren sowie die einfache Mehrheit für das Wirksamwerden von Bürgerentscheiden

neuer Text:

Unterstützung von aktiven Bürger/innenkommunen, Absenkung der Beteiligungsquoren auf maximal **5%** für die Gültigkeit von Bürgerbegehren sowie die einfache Mehrheit für das Wirksamwerden von Bürgerentscheiden

Begründung:

Das steht genau so auch in Zeile 2060.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.80. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marie Wendland, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Raasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 2621:

alter Text:

DIE LINKE. Sachsen setzt sich für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes „Tolerantes Sachsen“ als Querschnittsverantwortung der Staatsregierung in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ein.

neuer Text:

DIE LINKE. Sachsen setzt sich für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes **für ein tolerantes Sachsen** als Querschnittsverantwortung der Staatsregierung in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ein.

Begründung:

Hier wird die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für ein tolerantes Sachsen gefordert. Einen Förderverein mit dem Namen "Tolerantes Sachsen" gibt es bereits mit einem etwas anderen Konzept.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.81. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2326:

Ergänze nach Kapitel 5.8. ein **neues Kapitel 5.9.** - das bisherige Kapitel 5.9. verschiebt sich in logisch-mathematischer Reihenfolge entsprechend nach hinten. Die Absätze können einzeln abgestimmt werden.

5.9. Religionsfreiheit und Laizismus: für eine moderne Religionspolitik in Sachsen

DIE LINKE. Sachsen steht für Religionsfreiheit. Religionsfreiheit bedeutet für uns: die Freiheit, die eigene Religion frei wählen zu können, aber auch die Freiheit, konfessionslos, Agnostiker_in oder Atheist_in zu sein. Religionsfreiheit heißt aus unserer Sicht außerdem, dass die Religionen ihre Angelegenheiten frei regeln können, aber auch, dass der Staat selbst frei von Religion ist, keine Religion vorgibt oder eine bestimmte bevorzugt. Wir stehen für ein laizistisches Sachsen. Das heißt, wir stehen für eine strikte Trennung von Staat und Religion. Das ist keine religions- oder kirchenfeindliche Position. Auch als gläubiger Mensch kann man, genauso wie Atheist_innen und Agnostiker_innen, Laizist_in sein. Auch die Kirchen und immer mehr Gläubige stehen dieser Position immer offener gegenüber.

An den Universitäten ist mit der Religionswissenschaft bereits ein konfessionsneutraler Studiengang vorhanden. Die Theologie ist ihrem Sinn und Zweck nach vor allem die Ausbildung von Kirchenangestellten. Der Staat finanziert hier also ganz direkt die Ausbildung von Personal für die Kirchen. Wir sind der Auffassung, diese sollten ihr Personal selbst ausbilden können, aber auch: selbst bezahlen.

Neben der Kirchensteuer, der Bezahlung von Angestellten der Kirchen und den Staatsleistungen werden viele Projekte der Kirchen vonseiten des Staats subventioniert. Außerdem sind vielerorts Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften Träger von eigentlich staatlichen und damit der Neutralität verpflichteten Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten. Diese werden finanziell fast komplett vom Staat getragen. Da an vielen Orten auf Grund der langjährigen Sonderstellung von Religionsgemeinschaften jedoch gar keine konfessionsneutralen Träger zur Verfügung stehen, möchten wir deren Dominanz schrittweise aufheben. Wir wollen, dass es grundsätzlich möglich bleibt, dass gute Projekte kirchlicher Träger oder der Kirchen selbst Unterstützung erhalten können. Allerdings wollen wir die überproportionale Bevorzugung der Kirchen beseitigen. Dazu schlagen wir die Verwendung eines Kriterienkatalogs vor, nach dem bei gleicher Eignung konfessionsneutrale Träger bevorzugt werden.

Wir lehnen religiöse Symbole an Universitäten, in Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen ab. Das Anbringen solcher Symbole ist ein Verwaltungsakt staatlicher Behörden, der die Neutralitätspflicht stark verletzt. Wir sind jedoch zugleich der Auffassung, dass Angestellte im öffentlichen Dienst, auch im Bildungssektor, religiöse Symbole wie ein Kopftuch oder Kreuz tragen dürfen. Der Staat besteht nicht nur aus

seinen Organen und Gebäuden, sondern auch aus Menschen. Deren Individualität und auch religiöse Identität einzustampfen, lehnen wir ab. Wer ein Kopftuch oder eine Kette mit Kreuz trägt, verletzt damit nicht die konfessionelle Neutralität einer Behörde oder einer Institution, da diese religiösen Symbole aus privaten Gründen getragen werden und nicht aufgrund einer Anordnung staatlicherseits.

In vielen Ländern wäre es undenkbar, dass Religionsgemeinschaften und Kirchen direkt vom Staat finanziert werden oder, wie bei der Kirchensteuer, der Staat sich als Dienstleister der Kirchen aufstellt und deren Einnahmen einzieht. Die direkte Finanzierung der Kirchen ergibt sich aus Staatsleistungen, die seit dem sogenannten Reichsdeputationshauptschluss von 1803 an die Kirchen gezahlt werden. Ursprünglich sollten diese Zahlungen Entschädigungsleistungen sein, nachdem kirchliches Eigentum, vor allem Grund und Boden, säkularisiert worden war. Im Sinne der Trennung von Kirche und Staat wollen wir, dass der Staat weder direkt noch indirekt die Kirchen finanziert. Zur Frage der Staatsleistungen gibt es mittlerweile aus den Kirchen selbst ebenfalls Signale, dass man diese einstellen könnte. Nicht zuletzt ist es seit der Weimarer Verfassung von 1919 ein Verfassungsauftrag, diese Zahlungen einzustellen. Jedoch wurde bisher nie ernsthaft versucht, diesen Auftrag zu erfüllen. Wir wollen daher diesem Verfassungsauftrag, der auch Bestandteil der sächsischen Landesverfassung ist, endlich nachkommen.

Feiertage sind freie Tage und für die meisten Menschen deshalb schöne Tage. Ein großer Teil der freien, aber auch der nicht freien Feiertage haben einen christlich-religiösen Ursprung. In Sachsen sind das neun von elf Feiertagen. Für viele Menschen spielt der christliche Bezug keine Rolle mehr, für gläubige Christen hingegen schon. Wir wollen, dass die Menschen diese Tage verbringen können, wie sie es möchten. Alle in Sachsen lebenden Menschen sollen an Feiertagen nach ihrer Façon glücklich werden können. Tanzverbote, die es in Sachsen an insgesamt vier Tagen gibt, betrachten wir als einen Anachronismus und wollen diese daher abschaffen.

Begründung:

Das Thema spielt bisher nur am Rande (Religionsunterricht) eine Rolle, dabei ist religionspolitisch auch im Land viel zu tun.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.82. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Marie Wendland, Werner Kujat, Anna Gorskij, Steffen Jühran, Anne Rasch, Nico Reichenbach, Tilman Loos, Heiko Weigel, Marlen Brückner) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderung in den Zeilen 2908 - 2908:

alter Text:

Ausgewogenes Verhältnis zwischen biologischer und konventioneller Wirtschaftsweise herstellen - Ökolandbau stärken

neuer Text:

Ökolandbau stärken

Begründung:

Wir wollen nicht nur ein ausgewogenes Verhältnis, sondern flächendeckenden Ökolandbau. Deswegen sollten wir auch nur das fordern.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.83. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marie Wendland, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Raasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 2729:

alter Text:

- Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes „Tolerantes Sachsen“ in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen und zivilgesellschaftlichen Initiativen

neuer Text:

- Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes „**für ein tolerantes Sachsen**“ in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen und zivilgesellschaftlichen Initiativen

Begründung:

Hier wird die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für ein tolerantes Sachsen gefordert. Einen Förderverein mit dem Namen "Tolerantes Sachsen" gibt es bereits mit einem etwas anderen Konzept.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014

ÄÄ.1.84. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2451:

nach Zeile 2451 folgende Forderungen. Die Forderungen sollen einzeln abgestimmt werden:

- ***Gewährleistung der Religionsfreiheit und Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften bei gleichzeitiger Sicherstellung der Trennung von Staat und Religion***
- ***Abschaffung des Buß- und Betttags, des Reformationstags und Himmelfahrtstags als gesetzliche Feiertage und Einführung säkularer gesetzlicher Feiertage, z. B. des 08. Mai als Tag der Befreiung, des 8. März als Internationaler Frauentag und des 10. Dezember als Tag der Menschenrechte***
- ***Abschaffung des Tanzverbots an Feiertagen***
- ***Beschluss eines Ablösungsgrundsätze-Gesetzes zur durch die Verfassung gebotene Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen***
- ***Finanzierung der Ausbildung und Beschäftigung ihrer Angestellten durch die Kirche selbst***
- ***Verwaltungsgebühr des Kirchenaustritts ist von den Kirchen zu tragen und nicht von den Austretenden***
- ***Einstellung jeder staatlichen Unterstützung für religiöse Projekte, wenn diese bestimmte Vorgaben oder Standards, wie beispielsweise im Arbeitsrecht, nicht erfüllen***

Begründung:

Punkte ergeben sich aus neuem Kapitel zu Religionspolitik, könnten jedoch auch ohne das Kapitel selbst eingefügt werden.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.85. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 3159:

alter Text:

Die Verbesserung der Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger rückt in das strategische Zentrum der Landesentwicklung.

neuer Text:

Die Verbesserung der Lebensqualität aller **Einwohnerinnen und Einwohner** rückt in das strategische Zentrum der Landesentwicklung.

Begründung:

Es war eine beliebte und höchst undemokratische Methode vergangener Gesellschaftsordnungen, Menschen dahingehend von Mitbestimmung auszuschließen, in dem man Beteiligungsrechte nur Bürgern (meistens ja in der Vergangenheit tatsächlich nur Männern) zuerkannte und andere einfach keine Bürger_innen sein ließ. Das Demokratiedefizit besteht also nicht nur im „Fernhalten vieler Bürgerinnen und Bürger“ von Entscheidungen, sondern im Fernhalten von Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, aber keine Bürgerinnen und Bürger sind..

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.86. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marie Wendland, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Raasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 2458:

alter Text:

Mit seiner geographischen Lage im Dreiländereck zwischen Polen und Tschechien liegt Sachsen im Herzen Europas.

neuer Text:

Mit seiner geographischen Lage im Dreiländereck zwischen Polen und Tschechien liegt **Sachsen in der Mitte Europas.**

Begründung:

Das Wort Herz, beschreibt ein lebenswichtiges Organ und damit verbunden wäre Sachsen und die BRD für die EU lebenswichtig. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. Der geographischen Einordnung „Mitte“ ist demnach der Vorzug zu erteilen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.87. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Tilman Loos, Delegiertenberatung der Delegierten von linksjugend [!solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anna Gorskih, Steffen Juhran, Anne Raasch, Werner Kujat, Marie Wendland, Marco Böhme, Marlen Brückner, Heiko Weigel, Nico Reichenbach)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 3175:

alter Text:

Machen Sie mit, denn nur durch ihr Mittun schaffen wir aus den „blühenden Landschaften“ ein Zuhause für alle, die hier leben, zu machen.

neuer Text:

~~Machen Sie mit, denn nur durch ihr Mittun schaffen wir aus den „blühenden Landschaften“ ein Zuhause für alle, die hier leben, zu machen.~~

Begründung:

1. „Mittun“ ist ein ganz furchtbares Wort :)
2. Der Satz liest sich wirklich nicht gut (mal laut vorlesen)
3. Die Anspielung ist nett gemeint, aber in dieser Form missverständlich..

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.88. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Marie Wendland, Werner Kujat, Anna Gorskij, Steffen Jühran, Anne Rasch, Nico Reichenbach, Tilman Loos, Heiko Weigel, Marlen Brückner) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 2910 - 2913:

alter Text:

Um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen biologischer und konventioneller Wirtschaftsweise herzustellen, streben wir eine mittelfristige Steigerung der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Sachsen von derzeit knapp 4% auf 20% an.

neuer Text:

Langfristig fordern wir eine Landwirtschaft nach strengen Ökokriterien und einer artgerechten Tierhaltung. Konkret wollen wir bis 2040 erreichen, dass alle bisherig konventionellen Betriebe ihre Flächen ökologisch (nach EU-Bio-Label) bewirtschaften.

Begründung:

Wir wollen nicht nur ein ausgewogenes Verhältnis, sondern flächendeckenden Ökolandbau. Deswegen sollten wir auch nur das fordern und einen Zeitrahmen als Ziel angeben.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.89. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Björn Reichel, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Raasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2466:

alter Text:

DIE LINKE. Sachsen bekennt sich zu ihrer europäischen linken Tradition und baut daher ihre Kontakte, ihre solidarische Zusammenarbeit und Kooperation mit den Linken der Nachbarstaaten weiter aus.

neuer Text:

DIE LINKE. Sachsen bekennt sich zu ihrer europäischen linken Tradition und baut daher ihre Kontakte, ihre solidarische Zusammenarbeit und Kooperation mit den Linken der Nachbarstaaten ***und des europäischen Raumes*** weiter aus.

Begründung:

Der Blick auf die Europäische Union und einer aktiven Teilhabe daran kann und soll nicht auf Nachbarstaaten begrenzt bleiben. Dies sind Ansichten, die mit den Vertrag von Maastricht abgeschafft wurden.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.90. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Björn Reichel, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Raasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2478:

alter Text:

...die Zukunft der europäischen Union hängt nicht nur von der Perspektive der gemeinsamen Währung ab, sondern wird im Wesentlichen dadurch entschieden, ob es gelingt, aus den bisher durch Staatsgrenzen getrennten Grenzregionen Regionen des grenzüberschreitenden Zusammenhalts und Miteinander zu formen.

neuer Text:

...die Zukunft der europäischen Union hängt nicht nur von der Perspektive der gemeinsamen Währung ab, sondern wird im Wesentlichen dadurch entschieden, ob es gelingt, aus den bisher durch Staatsgrenzen getrennten Grenzregionen Regionen des grenzüberschreitenden Zusammenhalts und Miteinander zu formen.
Der Grundgedanke der Europäischen Union macht nicht an Grenzen halt.

Begründung:

Dieser Satz soll noch einmal verdeutlichen, dass nicht nur Nachbarstaaten zur Europäischen Union gehören und somit der Blick auch auf andere Länder und Gemeinschaften nicht außer Acht gelassen werden kann.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.91. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Marie Wendland, Werner Kujat, Anna Gorskij, Steffen Jühran, Anne Rasch, Nico Reichenbach, Tilman Loos, Heiko Weigel, Marlen Brückner) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderung in den Zeilen 2915 - 2917:

alter Text:

Die Möglichkeiten für eine Teilumstellung von Betrieben auf ökologischen Landbau werden wir mit dem Berufsstand und Verbänden beraten.

neuer Text:

Die Möglichkeiten für eine **zunächst teilweise Umstellung** von Betrieben auf ökologischen Landbau werden wir mit dem Berufsstand und Verbänden beraten.

Begründung:

Bei einer Teilumstellung soll es nicht bleiben. Wir wollen, dass wir in Zukunft unsere Nahrung komplett nach ökologischen Standards produzieren und nicht nur ein ausgewogenes Verhältnis zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft haben. Deswegen die Änderung in "zunächst" (sodass die Möglichkeit besteht, in Zukunft komplett auf Ökolandbau umzustellen).

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.92. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Björn Reichel, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Raasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2490:

alter Text:

Unser Leitbild von der Zukunft Sachsens als Region in Europa schließt daher die Befähigung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftlicher Personenvereinigungen ein, politische Entscheidungen über und in ihrer Region nicht nur nachzuvollziehen, sondern aktiv und somit real zu beeinflussen.

neuer Text:

Unser Leitbild von der Zukunft Sachsens als Region in Europa schließt daher die Befähigung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftlicher Personenvereinigungen ein, politische Entscheidungen über und in ihrer Region nicht nur nachzuvollziehen, sondern aktiv und somit **auf allen Ebenen** real zu beeinflussen.

Begründung:

Die Äußerung läßt eine ungefähre Einordnung zu, wo überall eine aktive Beteiligung geschehen kann und auch, was viel wichtiger, von Nöten ist.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.93. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Björn Reichel, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Raasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2518:

- wir verlangen innerhalb der Kommunen Anlaufpunkte für eine umfängliche Aufklärung über die Nutzung europäischer Förderprogramme, so dass alle Bürger_innen in der Lage sind für Ihre Projekte Mittel der Europäischen Union abzurufen

Begründung:

Europäische Fördermittel für Sozialprogramme jedweder Art sind und wurden schon von der Europäischen Union gestellt (siehe ehemaliges Programm: „Youth in Action“) aber die Kenntnis, dass es diese gibt, ebenso wie diese abzurufen sind, ist so gut wie nicht vorhanden (weder bei öffentlichen Stellen, noch bei Privatpersonen). Daher ist es erforderlich, dass die Kommunen umfänglich über diese Möglichkeiten aufklären.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag

**A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014**

ÄÄ.1.94. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Tilman Loos, Marie Wendland, Werner Kujat, Heiko Weigel, Anna Gorskij, Marlen Brückner, Steffen Juhran, Anne Rasch, Nico Reichenbach) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderung in den Zeilen 2952 - 2953:

alter Text:

Deshalb muss besonders in den erosionsgefährdeten Gebieten Sachsens gezielt zu angepassten Anbau- und Bewirtschaftungsmöglichkeiten informiert werden.

neuer Text:

Deshalb muss besonders in den erosionsgefährdeten Gebieten Sachsens gezielt angepasste Anbau- und Bewirtschaftungsmöglichkeiten **sichergestellt** werden.

Begründung:

Darüber muss nicht nur informiert, sondern das muss sichergestellt werden (zum Beispiel durch Vorgaben im Flächennutzungsplan).

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leitantrag an den 11. Landesparteitag

**A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014**

ÄÄ.1.95. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Tilman Loos, Marie Wendland, Werner Kujat, Heiko Weigel, Anna Gorskij, Marlen Brückner, Steffen Juhran, Anne Rasch, Nico Reichenbach) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2953:

alter Text:

Deshalb muss besonders in den erosionsgefährdeten Gebieten Sachsens gezielt zu angepassten Anbau- und Bewirtschaftungsmöglichkeiten informiert werden.

neuer Text:

Deshalb muss besonders in den erosionsgefährdeten Gebieten Sachsens gezielt zu angepassten Anbau- und Bewirtschaftungsmöglichkeiten informiert werden. ***Durch die ökologische Landwirtschaft können ebenso Schäden am Boden vermieden werden, weil dadurch Nutzflächen in kleinere Teile aufgeteilt und durch natürliche Barrieren (Auen, Hecken,) geschützt bleiben.***

Begründung:

Hier auch nochmal ein konkretes Beispiel was es heißen kann, Boden zu schützen: durch ökologische Landwirtschaft.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.96. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Steffen Juhran, Anna Gorskij, Tilman Loos, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat, Heiko Weigel, Marlen Brückner, Anne Rasch,) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 2986 - 2987:

alter Text:

Hierzu werden wir die Sächsische Rohstoffstrategie im Kapitel Sekundärrohstoffe fortschreiben.

neuer Text:

Um den privaten Restmüllanteil zu verringern, ist es notwendig die Menschen für die Abfalltrennung stärker zu motivieren. Zu oft werden wertvolle Rohstoffe in die Restmülltonne geworfen und schließlich verbrannt. Finanzielle Anreize, zum Beispiel die komplett kostenfreie Entsorgung von Bio-, Papier-, Plaste- und Glasabfall und die gleichzeitige Erhöhung der Gebühren für Restmüll können dazu beitragen.

Begründung:

Mit der Bezeichnung „Hierzu werden wir die Sächsische Rohstoffstrategie im Kapitel Sekundärrohstoffe fortschreiben.“ kann man nichts anfangen. Letztlich sollten wir Lösungen aufzeigen, wie man zu einem besseren Recycling kommt und wie die Menschen dafür motiviert werden.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.97. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Marco Böhme, Beratung der Delegierten des Jugendverbandes und weiterer junger Delegierter (namentlich: Anne Rasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorski, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat) und die ökologische Plattform ADELE. Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänzung in Zeile 2999:

alter Text:

Das kaum verminderte Baugeschehen in Überschwemmungsgebieten ist zu stoppen.

neuer Text:

Das kaum verminderte Baugeschehen in Überschwemmungsgebieten ist zu stoppen **und natürliche Überflutungsflächen sind zu schaffen.**

Begründung:

Es reicht halt leider nicht, nur das Baugeschehen zu stoppen, es müssen auch wieder natürliche Überflutungsflächen für die oftmals begradigten Flüsse geschaffen werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.98. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Einreicher: René Jalaß

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2153:

alter Text:

Darüber hinaus sind weitere Schritte und Maßnahmen notwendig, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine tatsächlich unabhängige Justiz, in eine Rechtsprechung, die tatsächlich alle Bürgerinnen und Bürger gleich achtet und gleich behandelt zu stärken.

neuer Text:

Darüber hinaus sind weitere Schritte und Maßnahmen notwendig, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine tatsächlich unabhängige Justiz, in eine Rechtsprechung, die tatsächlich alle Bürgerinnen und Bürger gleich achtet und gleich behandelt zu stärken. ***Wir wollen uns dafür einsetzen, das Vergabeverfahren von Geldauflagen an gemeinnützige Einrichtungen demokratischer und gerechter zu gestalten.***

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.99. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Anne Rasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner,
Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat, Sandra Weiße

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung in den Zeilen 808 - 809:

alter Text:

Sie orientiert sich am Leitbild berufstätiger Eltern und der geteilten Erziehungsverantwortung.

neuer Text:

~~Sie orientiert sich am Leitbild berufstätiger Eltern und der geteilten Erziehungsverantwortung.~~

Begründung:

Auch Eltern, die nicht einer Erwerbsarbeit nachgehen, müssen in der Familienpolitik berücksichtigt werden. Der darauflegende Satz geht außerdem auf die geteilte Erziehungsverantwortung ein.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.100. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Anne Rasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner,
Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat, Sandra Weiße

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 963:

alter Text:

Minderheiten und marginalisierte Gruppen müssen nicht nur vor Diskriminierung geschützt,

neuer Text:

Von Diskriminierung und Marginalisierung betroffene Menschen müssen nicht nur vor Diskriminierung geschützt,

Begründung:

Die Verwendung des Begriffs „Minderheiten“ impliziert einen Ausschluss aus der Gesellschaft der jeweiligen Gruppierung.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.101. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Beratung junger Delegierter des Jugendverbandes (namentlich: Anne Rasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat, Sandra Weiße)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 974 - 976:

alter Text:

Das friedliche Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und die gezielte Integration der Zugewanderten ist ein notwendiges Ziel für ein lebenswertes und zukunftsfähiges Sachsen.

neuer Text:

Das friedliche Zusammenleben von Menschen **egal ob** mit oder ohne Migrationshintergrund und die gezielte **Inklusion** der Zugewanderten ist ein notwendiges Ziel für ein lebenswertes und zukunftsfähiges Sachsen.

Begründung:

Menschen soll es ungeachtet ihrer kulturellen und sozialen Herkunft möglich gemacht werden, an der Gesellschaft teilzuhaben.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

**A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl
2014**

ÄÄ.1.102. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Beratung junger Delegierter des Jugendverbandes (namentlich: Anne Rasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat, Sandra Weiße)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 1138 - 1139:

alter Text:

Besondere Begabungen sollen frühzeitig erkannt und nach Möglichkeit bei Verbleib im Klassenverband gefördert werden.

neuer Text:

Die Schule sollte auf den Interessen und Begabungen der Schüler_innen basierend individuelles und gemeinschaftliches Lernen ermöglichen, damit eine freie persönliche Entfaltung jede_r Schüler_in möglich gemacht wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag
A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014
ÄÄ.1.103. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Werner Kujat, Anne Raasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Anja Klotzbücher, Nico Reichenbach, Marie Wendland

Der Landesparteitag möge beschließen:

Änderung in den Zeilen 942 - 945:

alter Text:

Menschen mit geistigen, körperlichen, seelischen und/oder Sinnesbeeinträchtigung haben dieselben Rechte wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. Deren weitgehend selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen ist unser Ziel. Um dies zu erreichen, müssen Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Menschen mit Beeinträchtigungen entsprechen.

neuer Text:

Menschen mit geistigen, körperlichen, seelischen und/oder Sinnesbeeinträchtigung haben dieselben Rechte wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. **Die selbstbestimmte Lebensführung aller zu ermöglichen ist unser Ziel.** Um dies zu erreichen, müssen Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen geschaffen werden, die den Bedürfnissen von Menschen mit Beeinträchtigungen entsprechen. **Niemand sollte fremdbestimmt werden, denn: Jede/r ist selbst Expertin/e für das eigene Leben.**

Begründung:

Erstens wird der Abstand zu Menschen mit so genannten Behinderungen verringert: Wir wollen nicht über Menschen reden und Politik machen, sondern mit Menschen. Die Entscheidungshoheit wird dabei nochmal betont.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A Leit Antrag an den 11. Landesparteitag

A.1 Wahlprogramm der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014

ÄÄ.1.104. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

EinreicherInnen: Beratung junger Delegierter des Jugendverbandes (namentlich: Anne Rasch, Steffen Juhran, Heiko Weigel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marlen Brückner, Nico Reichenbach, Marie Wendland, Werner Kujat, Sandra Weiße)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetzung in den Zeilen 1162 - 1163:

alter Text:

Mindestens in den ersten 4 bis 6 Schuljahren wollen wir die Ziffernoten durch individuelle Beurteilungen oder Entwicklungsberichte ersetzen.

neuer Text:

Das herkömmliche Bewertungssystem durch Ziffernoten soll durch Lern- und Entwicklungsberichte ersetzt werden. Hierbei soll eine konstruktive Kommunikation der Pädagog_innen mit den einzelnen Schüler_innen stattfinden, um eine individuelle Förderung zu ermöglichen.

Begründung:

Die Bewertung durch Ziffernoten zwingt Schüler_innen in ein generalisiertes Bewertungssystem, das keinen Platz für individuell festgelegte Lernziele lässt. Es ist nicht schlüssig Schulnoten nur bis zur 6. Klasse abschaffen zu wollen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____



www.dielinke-sachsen.de

Impressum

Herausgeberin: Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin
Satz: Robert Wünsche
Auflage: 350
Redaktionsschluss: 11.03.2014